Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1589
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 196. Mittwoch, 23. August 1922, abends. 75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 41.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 2.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 7 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 6.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 2.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 23. August 1922.

—* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 6 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlten die Herren Stadtvv. Beyer und Richter. Am Ratstische hatten Herr Stadtrat Gutacker und Herr Stadtrechtsrat Quellmalz Platz genommen. Der Zuhörerraum war schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Günther.

Die Errichtung von zwei neuen Beamtenstellen (Obersekretär- und Sekretärstelle) wurde genehmigt.

Es lag vor der 10. Nachtrag zur Ortsschulordnung, der die bisherige Bestimmung beseitigt, daß bei der Wahl des Elternrates die einzuberufende Elternversammlung von mehr als einem Drittel der Wahlberechtigten besucht sein muß. Der Nachtrag wurde angenommen.

Für Vorrichtungsarbeiten in den Volksschulen wurden 23200 M., für Malerarbeiten in der Oberrealschule 14400 M. nachverwilligt. Hinsichtlich der Volksschulen wurde ein Antrag Mende angenommen, nochmals an die Schulleiter heranzutreten und feststellen zu lassen, in wieviel Schulzimmern der nicht ausgeführte Wandtafelanstrich notwendig ist und eventuell den Anstrich in den Michaelisferien ausführen zu lassen.

Der Rat hat sich damit einverstanden erklärt, daß seit 1. Juli d. J. zu einem besseren Schutz eine dienstfreie Polizeiabteilung von 4 Mann während der Nachtzeit von 9 Uhr bis 2 Uhr zum Dienst herangezogen wird. Die Kosten von 10 M. für die geleistete Ueberstunde sollen als Polizeiaufwand in den Haushaltplan eingestellt werden. Die Einrichtung soll nur so lange wie nötig aufrechterhalten werden. Die Linke sprach sich gegen diesen Ratsbeschluß aus. Die Sozialdemokraten ließen erklären, daß sie die Maßnahme nicht zu einer dauernden Einrichtung wollten werden lassen. Nur solange Polizeibeamte in den Ferien seien, sollten sie durch dienstfreie Beamte ersetzt werden. Die Vergütung für die Ueberstunde müsse auf 25 M. hinaufgesetzt werden. Stadtv. Schneider (Soz.) stellte einen entsprechenden Antrag. Die Unabhängigen wollten die bis jetzt geleisteten Ueberstunden bewilligen, in Zukunft aber keine mehr. Herr Stadtrat Gutacker verteidigte den Ratsbeschluß, der nur eine vorübergehende Maßnahme vorsehe, die von einer ganzen Anzahl Vorfälle veranlaßt worden sei. Der Polizeibeamte könne sich als Einzelner bei Ruhestörungen nicht nachdrücklich durchsetzen. Wenn die Beamten die Vergütung von 10 M. für zu gering erklärt und auch sonstige Beschwerden geäußert hätten, so könne er nicht verstehen, weshalb sie ihre Wünsche nicht bei ihrer eigenen Beamtenvertretung zum Ausdruck gebracht haben. Der Polizeiminister Lipinski selbst habe die Ansicht vertreten, daß Beamte vorübergehend einmal mehr Dienst tun müßten als 8 Stunden. Herr Vorsteher Günther erklärte, daß von einer vorübergehenden Maßnahme keine Rede sein könne, daß das Einvernehmen mit der Sipo wieder hergestellt werden möchte und daß bei der Leitung unserer Polizei ein anderer Geist einziehen müsse. Zu der von linker Seite geäußerten Ansicht, daß die einzelnen Einwohner von sich aus Schutz stellen könnten, erklärte Herr Vizevorsteher Mende (Bürgerl.), es dürfe nicht als Grundsatz erhoben werden, daß der allgemeine Schutz Sache des Einzelnen sei. Wir müßten den Schutz, den der Einzelne notwendig habe, von der Allgemeinheit herstellen. Ein bürgerlicher Antrag, die Angelegenheit bezüglich der Höhe der Vergütung für die Ueberstunden nochmals an den Rat zurückzuverweisen, im übrigen die Ratsvorlage aber anzunehmen, wurde abgelehnt. Hierauf wurde auch die Ratsvorlage abgelehnt, der Antrag Schneider (Soz.) dagegen angenommen.

Beschlossen wurde der Beitritt zum Bilderbühnenbund deutscher Städte, der zu günstigen Bedingungen den Bezug belehrender Filme für den kinematographischen Apparat der Schule ermöglicht. Angeregt wurde, daß solche Filme auch der Verein für Volksbildung beziehen möge.

Als Vertreter der Bürgerschaft wurden in den Pflegeausschuß des Wohlfahrtsverbandes gewählt Frau Berger, Herren Richard Thomas, Münzner, Pabel und Eichler. Die Gewählten haben dem Ausschuß bisher schon angehört.

Die Entschädigung des stellvertretenden Fürsorgearztes wurde auf 4500 Mk. erhöht.

Die Vorlage über Gründung einer neuen Beamtenanwärterstelle wurde an den Rat zurückverwiesen. Der Rat soll versuchen, die Stelle eines Beamtenanwärters im Vorbereitungsdienst durch Ausschreibung zu besetzen.

Für die Wahl des Bezirksvorstehers für den 8. Bezirk wurden dem Rat in Vorschlag gebracht Frau Schroth, die das Amt bisher inne gehabt hat, sowie Frau Legler und Frau Schneider.

Im Grundstück Wettinerstraße 26 soll der Einbau einer Wohnung erfolgen. Die diesbezügliche Vorlage wurde angenommen.

Eine Ratsvorlage, betr. den Ausbau der Strehlaer Straße, war vom Rate wieder zurückgezogen worden, da neue Momente aufgetreten seien, die eine erneute Prüfung der Angelegenheit erforderlich machten. Das Kollegium trat aber doch in die Beratung der Vorlage ein. Die Gemeinde Gröba pflastert jetzt den ihr gehörigen Teil der Strehlaer Straße. Es bleibt nun auf Riesaer Seite, zwischen dem Gröbaer Pflaster und dem Pflaster unter der Eisenbahnbrücke, ein etwa 10 laufende Meter großes Straßenstück ungepflastert liegen. Der Bauausschuß und der Rat hatten beschlossen, dieses Stück auch pflastern zu lassen. Die Steine will die Gemeinde Gröba zum Selbstkostenpreis abgeben. Die Kosten werden augenblicklich auf etwa 70000 M. veranschlagt. Vom Stadtbauamt ist nun erklärt worden, daß die Unterhaltungskosten für das Straßenstück, wenn es ungepflastert bleibt, kaum soviel ausmachen würden, wie die Zinsen der durch die vorzunehmende Pflasterung entstehenden Kosten. Die Aufwendung der 70000 M. erscheine daher angesichts unserer Finanzlage nicht gerechtfertigt. Aus diesen Erwägungen heraus hatte der Rat die Vorlage vorläufig zurückgezogen. Die Herren Stadtvv. Mehlhorn und Schinkel erklärten die Pflasterung für dringend notwendig, da sonst dort unerfreuliche Zustände sich herausbilden würden. Das Kollegium beschloß denn auch, dem Rate die Ausführung der Pflasterung zu empfehlen.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1438 Mark.

Die Aufhebung der Vorschrift der Straßenpolizeiverordnung, wonach außer der Steuermarke die Hunde noch ein Schild tragen müssen, auf dem der Name des Besitzers angegeben ist, wurde gutgeheißen.

Von der Abrechnung über die Kartoffelverteilung an die Sozial- und Kleinrentner im letzten Frühjahr wurde Kenntnis genommen und 5226 M. nachverwilligt. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden ist an den Rat mit dem Ersuchen herangetreten, auch im kommenden Winter die Sozialrentner mit verbilligten Kartoffeln und Heizmaterial zu versorgen. Herr Stadtv. Mehlhorn und Herr Vorst. Günther unterstützten diese Bitte. Herr Stadtrat Gutacker erklärte, daß entsprechende Maßnahmen vom Wohlfahrtsamt getroffen werden würden. Er machte auch sonst Angaben über die von der Stadt in der Kartoffelversorgung eingeleiteten Schritte, wobei er bemerkte, daß die Anmeldungen zum Kartoffelbezug durch die Stadt nicht allzu groß seien. Herr Vorst. Günther bemerkte, daß viele sich nicht gemeldet hätten, weil sie das erforderliche Geld nicht besäßen. Den Aermsten der Armen aber müsse geholfen werden. Herr Stadtv. Mehlhorn bat insbesondere noch, auch die Versorgung mit Heizmaterial ins Auge zu fassen, vielleicht ließen sich die hiesigen Industriellen zur Abgabe von verbilligtem Holz herbei.

Der Beitrag für den Heimatschutzverein wurde auf jährlich 120 M. erhöht. Herr Vorst. Günther erinnerte hierbei daran, daß seinerzeit die Klostergebäude für das Heimatmuseum zur Verfügung gestellt worden seien. Die Sammelstücke des Vereins Heimatmuseum seien in ganz unzulänglicher Weise untergebracht. Die Stadt feiere nächstes Jahr ihr 300jähriges Jubiläum und es werde mit der Feier vielleicht ein Heimatfest verbunden werden können. Bis dahin möchte das Heimatmuseum fertig sein, damit es am Feste geweiht werden könne. Es empfehle sich, die Vorbereitungen schon jetzt in die Wege zu leiten.

Der 4. Nachtrag zur Wasserwerksordnung und der 6. Nachtrag zur Gasbezugsordnung wurden genehmigt. Darnach werden die Preise künftig nach Anhörung des Gas- und Wasserwerksausschusses durch den Rat festgesetzt. Herr Vorst. Günther hält es für erwünscht, daß entsprechend der Erhöhung der Gaspreise auch die ausgeworfene Summe für Verbilligung des Gases an Minderbemittelte erhöht wird.

Wegen Uebernahme des Elbbades in städtischen Besitz ist mit dem Besitzer, Herrn Große, verhandelt und ein Vertrag abgeschlossen worden. Darnach wird das Bad für 150000 M. an die Stadt abgetreten. Herr Große verpflichtet sich, während der Badezeit als Aufsichtsperson sich zur Verfügung zu stellen und wird dafür eine Entschädigung erhalten in der Höhe des ortsüblichen Tagelohnes eines Schiffers. Für die Tätigkeit seiner Frau wird ihm der Verkauf von Eß- und Rauchwaren gestattet, außerdem wird ihm die Verleihung der Badewäsche überlassen. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Zur Vornahme von Baulichkeiten im Grundstück Bahnhofstraße 17 wurden 3000 M. bewilligt. Es handelt sich um die Beschaffung eines Raumes für die Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Bewilligt wurden ferner die Mittel zur Vornahme von Reparaturarbeiten in Kaserne 2/68. Hierbei wurde mitgeteilt, daß diese Kaserne nunmehr nach ziemlich schwierigen Verhandlungen in städtischen Besitz übergegangen ist. Die Gebäude sollen zu Wohnungszwecken verwendet und in ihnen etwa 34 Wohnungen erstellt werden. Zwölf davon will eine hiesige Firma auf eigene Kosten ausführen.

Die Abschlagszahlungen an die Düngerabfuhrgesellschaft wurden auf monatlich 12100 M. erhöht ab 1. Juli d. J.

Bauausschuß und Rat haben beschlossen, in den Lommatzscher Weg möglichst bald die Schleuse einzulegen. Der Bauausschuß hat darauf hingewiesen, daß daraus wahrscheinlich die Weiterführung der Vorflutschleuse sich notwendig machen wird. Die Kosten des Schleuseneinbaues werden auf 444000 M. berechnet, wovon die Hälfte, 222000 M., von der Eisenbahnerbaugenossenschaft und der Firma Mosebach aufzubringen sein würde. Herr Stadtrat Gutacker erklärte, der Einbau der Schleuse sei deshalb zu empfehlen, weil wir jetzt noch von den Anliegern einen hohen Anteil an den Kosten erhielten. Würde die Stadt den Schleusenbau jetzt ablehnen, dann könnte sie in der Zukunft gezwungen sein, die Schleuse anzulegen, ohne daß sie hierzu einen Beitrag erhielte. Die Vorflutschleuse brauche vorläufig noch nicht weitergeführt zu werden. Die Kreishauptmannschaft werde auch kaum auf eine einfache Beschwerde hin die Weiterführung sofort verlangen. Herr Vizevorst. Mende erklärte, daß es bei den 444000 M. jedenfalls nicht bleiben, sondern der Anschluß an die Vorflutschleuse von der Stadt erzwungen werden würde. Aus der Sache ergebe sich, daß Baugenehmigungen an Straßen, die keine Schleuse haben, nicht mehr ausgesprochen werden dürften. Der Vorlage wurde hierauf zugestimmt.

Anstelle des Herrn Direktor Keyer ist Herr Studienrat Paul Schumann in das Kollegium eingetreten, den Herr Vorst. Günther begrüßte.

Auf Anfrage des Herrn Stadtv. Johne erklärte Herr Stadtrat Gutacker, daß die oberbehördliche Genehmigung für Errichtung des Kaufmanns- und Gewerbegerichts eingegangen sei und die Wahlen demnächst ausgeschrieben würden. — Herr Stadtv. Schneider bat um Auskunft über den Stand der Eingemeindungsfrage Riesa-Gröba, der Uebernahme des Beerdigungswesens in städtische Regie und der Schaffung von Badeeinrichtungen im Schlachthof und Krankenhaus. Herr Stadtrat Gutacker erklärte, daß eine Denkschrift in der Frage des Beerdigungswesens in Bearbeitung sei. Ueber die beiden anderen Fragen werde Herr Bürgermeister Dr. Scheibe Auskunft geben können. — Herr Stadtv. Mehlhorn rügt, daß man so wenig über die Tätigkeit unseres Preisprüfungsausschusses höre. Sicherlich gebe es doch auch bei uns für ihn genug Arbeit. Redner klagte über die unvermittelten Erhöhungen der Butter-, Margarine- und Fleischpreise. Die Bäcker machten es nicht anders und das Brot könne man nur noch eine Art Kitt nennen. Herr Stadtv. Pietzsch erklärte, daß so wie Herr Mehlhorn sie geschildert habe, die Dinge nicht lägen. Die wirtschaftlichen Nöte, die die Verbraucher beklagten, hätten die Geschäftsleute auch. Es sei leicht zu kritisieren, aber schwer, zu sagen, was zu tun sei, wenn das Anlagekapital plus Verdienst in der nächsten Woche nicht mehr zureichten zum Einkauf. Herr Stadtv. Johne empfahl zur Abhilfe die Errichtung von Großschlächtereien und -Bäckereien und gab auch zur Erwägung, im Rittergut einmal ein Probeschlachten abzuhalten, um die Preise festzustellen. Herr Stadtv. Freier erklärte, daß im Prüfungsausschuß viel gearbeitet werde, aber nur wenig zu erreichen sei. Herr Stadtrat Gutacker ging ebenfalls auf die Tätigkeit des Ausschusses ein und schilderte deren Schwierigkeiten. Ein angemessener Gewinn müßte dem Handel bleiben, obwohl gerade in dieser Frage sehr schwierig das Richtige zu treffen sei. Die Valutaschwankungen und der Druck des Versailler Vertrages richteten unser Wirtschaftsleben zugrunde. Herr Stadtv. Pietzsch erwiderte Herrn Johne: Bringen Sie uns billiges Vieh, dann haben Sie billiges Fleisch. Wenn die Fleischer Kaufleute wären und wenn sie sich den Achtstundentag und all die schönen Errungenschaften der Revolution zunutze machten, dann würde das Fleisch 150 Mark kosten. Die von Herrn Johne empfohlenen Experimente hätten schon mancherorts Schiffbruch erlitten und auch mit den Probeschlachtungen habe man schlechte Erfahrungen gemacht. — Herr Vizevorst. Mende machte darauf aufmerksam, daß seinerzeit beschlossen worden sei, daß die Straßenbahn, wenn sie ein Vierteljahr in städtischem Besitz sei, Abrechnung legen solle. Das Vierteljahr sei jetzt um, und er bitte daher um Vorlegung der Rechnung. Herr Stadtrat Gutacker erklärte, daß er von dem Wunsche Kenntnis nehme.

Schluß der öffentlichen Sitzung ½10 Uhr.

* * *

—* Verbilligte Kartoffeln für die bedürftige Bevölkerung. Um den ärmsten Kreisen der Bevölkerung die Teuerung wenigstens für das notwendigste Volksnahrungsmittel, die Kartoffel, nicht allzu stark fühlbar werden zu lassen, hatte die Amtshauptmannschaft Großenhain Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen und der Gewerkschaften zu einer Aussprache über eine freiwillige Abgabe von Kartoffeln unter dem Tagespreise geladen. Der Amtshauptmann hob einleitend hervor, daß bezüglich der Getreideumlage im Bezirk der Amtshauptmannschaft Großenhain, dank dem Entgegenkommen der landwirtschaftlichen Organisationen, keinerlei Differenzen entstanden seien und er hoffe, daß auch die Aussprache über die Kartoffelversorgung zu einer Verständigung führen werde. Um so leichter sei es dann, der ziellosen Selbsthilfe, die auch von den Vertretern der Gewerkschaften nicht als eine gerechte Regelung anerkannt werde, zu begegnen. Nach längeren Verhandlungen, bei denen die Auffassung des Amtshauptmanns von allen Anwesenden gebilligt wurde, kam man zu folgender Vereinbarung: Die Vertreter des landwirtschaftlichen Bezirksvereins ersuchen ihre Mitglieder, der Amtshauptmannschaft innerhalb der nächsten 3 Wochen eine Liste derjenigen Erzeuger zur Verfügung zu stellen, die zur Abgabe verbilligter Kartoffeln bereit seien mit gleichzeitiger Angabe des in Frage kommenden Quantums. Ueber die Verteilung, sowie die Preisgestaltung, sollen dann die Vertreter der beteiligten Organisationen gemeinsam mit der Amtshauptmannschaft beschließen. Es sei jedoch schon jetzt darauf verwiesen, daß die Abnahme der bereitgestellten Kartoffeln direkt in der Erntezeit erfolgen muß und die Gewerkschaften die Bezugsberechtigten hierauf vorbereiten möchten. Die Abgabe wird nur erfolgen können an die Allerbedürftigsten, Sozialrentner, Kriegshinterbliebenen und andere mehr. Die Kontrolle über eine gerechte und unparteiische Regelung erfolgt durch die Amtshauptmannschaft.

—* Auto-Unfall. Wie uns berichtet wird, erlitt gestern nachmittag in der 6. Stunde auf der Straße nach Seerhausen, unweit Calbitz, ein Riesaer Auto einen nicht unbedenklichen Unfall. Beim Versuch, an der abschüssigen Stelle in voller Fahrt an einem beladenen Getreidewagen vorbeizukommen, streifte es einen Baum. Bei dem dadurch verursachten starken Stoß wurde die im Auto sitzende Dame herausgeschleudert und hat anscheinend schwere Verletzungen erlitten. Das Auto wurde an der linken Seite stark beschädigt, konnte aber die Rückfahrt nach Riesa wieder antreten. Es sollte dies wiederum eine Warnung für Autofahrer sein, nicht rücksichtslos auf einer solchen verkehrsreichen Straße, wie gerade die Seerhausener ist, dahinzurasen. Sie setzen nicht allein sich und ihre Mitfahrenden, sondern auch die Fußgänger und den sonstigen Verkehr in die größte Gefahr. Den Fußgängern ist es oft nicht möglich, rechtzeitig und richtig auszuweichen oder sonst Schutz

SLUB
Wir führen Wissen.

zu suchen. So geriet auch bei dem gestrigen Unfall der Führer des Getreidewagens, der gerade an der Unfallstelle voll mit seinem Geschirr beschäftigt war, in die größte Gefahr, vom Auto unter seinen Wagen gedrückt zu werden.

—* **Wem gehört der Hund?** Am 20. d. M. ist von zwei hier zugereisten Mannespersonen an einen hier aufhältlich gewesenen Schaustellergehilfen ein schwarzer Pinscher (Schnauzerrüde), etwa 45 Zentimeter Schulterhöhe und Rutte kupiert, rechtes Ohr etwas länger als das linke, an der Brust mit weißem Strich, für einen geringen Geldbetrag veräußert worden. Die zwei Mannespersonen, die den Hund hier veräußerten, haben dem Käufer erklärt, daß der Hund aus der Umgebung von Meißen stamme. Da vermutet wird, daß der Hund gestohlen, ist er von der hiesigen Polizei gesichert worden. Sachdienliche Wahrnehmungen wolle man der Kriminalabteilung Riesa melden.

—* **Einschränkung des Grenzverkehrs.** Durch die in den letzten Tagen von vielen Tausenden tschechoslowakischer Staatsangehöriger in den Grenzbezirken vorgenommenen Aufkäufe von Lebensmitteln und anderen notwendigen Gegenständen des täglichen Bedarfs hat sich der einheimischen Bevölkerung eine große Erregung bemächtigt, die in verschiedenen Orten zu Unruhen und Ordnungswidrigkeiten geführt hat. Im Interesse der hierdurch aufs äußerste gefährdeten öffentlichen Ruhe und Ordnung werden deshalb die zu Gunsten des kleinen Grenzverkehrs zugelassenen Ausnahmen von der allgemeinen Paßpflicht vom 25. d. M. ab vorübergehend außer Kraft gesetzt werden. — Der Grenzübertritt bleibt auch ohne Reisepaß und Sichtvermerk bis auf Weiteres nur gestattet, wenn Grenzausweise (Dauerausweise) in Verbindung mit einer von einer sächsischen Gemeindebehörde oder einem sächsischen Arbeitgeber ausgestellten Bescheinigung vorgelegt werden, daß der Inhaber in einem Grenzorte in einem Lohn- oder Arbeitsverhältnis steht oder eine gewerbliche oder landwirtschaftliche oder sonstige Tätigkeit ausübt, die ihn zur Grenzüberschreitung nötigt. Der Grenzverkehr aller Personen mit Reisepässen wird, auch soweit sie keine zollpflichtigen Waren mit sich führen, auf die Zollstraßen beschränkt.

—* **Erste Gautagung der sächsischen Kaufmannsjugend in Dresden.** Die Landesgeschäftsstelle des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes berichtet uns: 2000 Jungkaufleute aus allen Teilen Sachsens waren dem Rufe des Bundes der Kaufmannsjugend im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande gefolgt und fanden sich am Sonnabend, den 19. und Sonntag, den 20. August zur ersten Gaujugendtagung in Dresden ein. Die Tagung begann mit einem Begrüßungsabend im festlich geschmückten Saal des Vereinshauses. Gaujugendführer Tröger begrüßte die sächsische Kaufmannsjugend und die zahlreich erschienenen Bundesbrüder aus den Nachbargauen Schlesien, Brandenburg, Thüringen, Bayern, Sachsen-Anhalt, vor allem aber die weit über 200 deutsch-böhmischen Bundesbrüder. Die Jungmannen überbrachten in heimatlicher Mundart Grüße der daheimgebliebenen Freunde. Im Mittelpunkt des Abends stand eine Ansprache des Bundesführers Emil Schneider, Hamburg, der die Entwicklung der Jugendarbeit des Verbandes im Sachsengau und im Reiche in treffenden Worten kennzeichnete. Von 47 000 männlichen Kaufmannslehrlingen, die der Bund im Reiche, in Deutsch-Böhmen und Deutsch-Oesterreich um sich schart, gehören über 4500 dem Sachsengau als größten Gau des Bundes an. Nicht nur zahlenmäßig ist die Jugendbewegung des DHV. gewachsen, sondern auch innerlich ist sie ganz gewaltig vorangekommen. In glänzender Rede zeigte dann Gauvorsteher Miltzow, in welcher Weise sich die Jugendarbeit in die Gesamtarbeit des DHV. einfügt. Am Sonntag morgen fand in der ehrenwürdigen Frauenkirche ein Jugendgottesdienst statt. Herr Pastor Lic. Moldaenke, Berlin-Steglitz, legte seiner mahnenden und erbauenden Predigt die Bibelworte zugrunde: „Einer trage des andern Last, sei getrost und freue dich". Gleichzeitig war den Bekennern der römisch-katholischen Kirche Gelegenheit gegeben, der Frühmesse in der Hofkirche beizuwohnen. — In geschlossenem Zuge zogen dann 2000 sächsische Jungkaufleute zu körperlichen und beruflichen Wettkämpfen. Am Nachmittag fand im großen Saal des Vereinshauses die Haupttagung der sächsischen Kaufmannsjugend statt. Mit stürmischem Jubel begrüßt, nahm der Verbandsvorsteher Hans Bechly das Wort zu seinem Vortrag. Markig und klar zeigte er der Kaufmannsjugend die hohen Aufgaben, die sie an sich zu erfüllen habe, um das deutsche Volk aus der Nacht zum Lichte zu führen. Bessere Zeiten treten erst dann ein, wenn die Gesamtheit des deutschen Volkes sozial handelt, wenn an Stelle des Hasses der nationale und deutsche Gedanke tritt. Die deutsche Kaufmannsjugend von heute ist dazu berufen, Führer für die Wirtschaft und den Staat in kommenden Zeiten zu stellen. Seine Ausführungen gipfelten in der Losung: Volksgemeinschaft ist Schicksalsgemeinschaft. Es folgte die Siegerverkündigung. Mehr als 60 Jungmannen konnten für hervorragende turnerische Leistungen mit Eichenlaubkränzen ausgezeichnet werden; ebensovielen Kaufmannslehrlingen wurden für besonders gute Leistungen im stenographischen Wettschreiben Ehrenurkunden verliehen. Den Abschluß der Tagung bildete der Festabend, der die Uraufführung des Festspieles „Um den deutschen Wächter", ein Geschehnis vor Nürnbergs Toren um 1528, zeigte.

—* **Der Zuckerpreis.** Die Landespreisprüfungsstelle macht darauf aufmerksam, daß es verboten ist, Auslandszucker mit Inlandszucker zu vermischen und zu Durchschnittspreisen zu verkaufen. Auf Anordnung der Reichsregierung sind die noch vorhandenen Bestände an Inlandszucker in erster Linie den Verbrauchern zu angemessenen Preisen zuzuführen. Die Verbraucher dürfen nicht gezwungen sein, gleichzeitig den teueren Auslandszucker mit abzunehmen. Wer Inlandszucker als Auslandsware verkauft, hat hohe Strafe zu gewärtigen.

—* **Warnung.** Nach Mitteilung der „Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen" in Lübeck versucht ein angeblicher Blindenlehrer, der Blinde Franz Böhme, auf Reisen durch ganz Deutschland seine wertlosen Schriften „Allerlei Spannendes und Belehrendes von unseren Kriegsblinden" usw. zu vertreiben und gibt dabei an, den Erlös für einen sogenannten „Blindendruckverlag der Blindenbücherhilfe" verwenden zu wollen. Böhme, der als Gewerbebetrieb einen Selbstverlag von Broschüren angemeldet hat, ist nicht berechtigt, sich als Blindenlehrer zu bezeichnen und hat schon eine Reihe schwerer Strafen wegen Betrugs, Urkundenfälschung usw. abgebüßt. Auch neuerdings schweben mehrere Ermittlungsverfahren wegen Verfehlungen verschiedener Art gegen ihn. Es muß daher dringend davor gewarnt werden, irgendwelche Verbindung zu Böhme aufzunehmen.

—* **Warnung vor Anwerbungen ins Ausland.** In sächsischen Städten ist durch den Vertreter einer holländischen Textilwarenfabrik kürzlich der Versuch gemacht worden, deutsche Textilarbeiterinnen zu einem gänzlich ungenügenden Lohnsatz für Holland anzuwerben. Den Arbeiterinnen wurde ein wöchentlicher Lohn von 10 bis 12 Gulden angeboten, wobei durch Umrechnung in deutsche Währung der Versuch gemacht wurde, diesen Lohnsatz als sehr hoch hinzustellen. Tatsächlich müssen aber, entsprechend den in Holland üblichen Lohnsätzen, an deutsche Arbeiterinnen 25 bis 30 Gulden gezahlt werden; mit dem angebotenen Lohn von 10 bis 12 Gulden hätten die Mädchen kaum den notwendigsten Lebensunterhalt bestreiten können. Wie schon in früheren Fällen, sind sie durch die Zweigstelle Leipzig des Reichswanderungsamtes über den völlig ungenügenden Lohn aufgeklärt davor und dadurch bewahrt worden, durch Annahme der gebotenen Stellung in die größten Schwierigkeiten zu geraten. Der Fall zeigt aufs neue, daß allen auswanderungslustigen Frauen und Mädchen dringend anzuraten ist, vor Annahme einer Stellung im Auslande den vom ausländischen Arbeitgeber vorgeschlagenen Arbeitsvertrag der Zweigstelle des Reichswanderungsamtes, Leipzig-Gohlis, Friedrich-Karl-Straße 22, zur Prüfung vorzulegen.

—* **Verzögerung der Entscheidung über die Landtagsauflösung.** Der Aeltestenausschuß des Landtages trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, um die Tagesordnung für die Mittwochssitzung zu beraten. Die Regierung und die beiden Rechtsparteien verlangen, wie der „Dresdn. Anz." berichtet, daß die Vorlage über ein Volksbegehren wegen Auflösung des Landtages nach der ersten Plenarsitzung an einen Ausschuß verwiesen wird. Von sozialistischer Seite wurde sogar die Bildung eines Sonderausschusses für diesen Zweck angeregt. Die Vertreter der Rechtsparteien wandten sich sehr entschieden gegen diese erneute Verzögerung. Der Verlauf der Sitzung des Aeltestenrates läßt es noch sehr fraglich erscheinen, ob die Entscheidung über das Volksbegehren in der Mittwochsitzung des Landtages fallen wird. Wahrscheinlich wird noch eine weitere Plenarsitzung folgen.

—ßß **Ein Riesen-Schlachttier.** Das schwerste Schlachttier seit Kriegsende wurde jetzt dem Dresdner Schlacht- und Viehhof zugeführt: ein 21 Zentner schwerer Bulle, der von Fleischermeister Fritz Stohn in Pirna erworben wurde um geschlachtet zu werden. Das Tier hatte ein Schlachtgewicht von 18½ Zentner.

—ßß **Sachsens Vieh- und Fleischverbrauch.** Ein volkswirtschaftlich interessantes Spiegelbild des gegenwärtigen Verbrauches an Vieh und Fleisch in dem dicht bevölkerten Industriestaat Sachsen gibt eine vom Sächsischen Statistischen Landesamt nach den Berichten der Tierärzte und der nichttierärztlichen Fleischbeschauer bearbeitete Statistik über die Schlacht- und Fleischbeschau im Freistaat Sachsen für das Vierteljahr vom 1. April bis 30. Juni 1922. — In diesem Zeitraume, in dem die Vieh- und Fleischpreise eine geradezu schwindelnde Höhe erreichten, hat der Verbrauch an Schlachttieren gegenüber dem 2. Vierteljahr 1921 etwa nicht abgenommen, sondern zugenommen. Der Schlachtvieh- und Fleischbeschau wurden im 2. Vierteljahr 1922 insgesamt 372 606 Schlachttiere unterzogen, im selben Zeitraume des Vorjahres dagegen nur 292 128, so daß trotz der zunehmenden Teuerung 87 578 Tiere im 2. Vierteljahr 1922 mehr geschlachtet wurden, als im 2. Vierteljahr 1921. Es ist bemerkenswert, daß die **Schweinschlachtungen** im Freistaat Sachsen im 2. Vierteljahr 1922 die Höhe von 180 018 Stück erreicht haben, während im selben Zeitraume des Vorjahres 132 074, also 47 944 Stück weniger geschlachtet worden sind. Auch die **Kälberschlachtungen** sind im Steigen begriffen, sie stellten sich im 2. Vierteljahr 1922 auf 105 251 gegen 85 487 im 2. Vierteljahr 1921, sodaß eine Zunahme von 19 767 zu verzeichnen ist. — Die **Pferde- und Hundeschlachtungen** bilden ein Kapitel für sich, daß beide in der Zunahme begriffen sind, ist ein Zeichen der Zeit und beleuchten die schwierigen Ernährungsverhältnisse in den untersten Bevölkerungskreisen. Die **Hundeschlachtungen** haben um mehr als 100 Prozent zugenommen, denn im 2. Vierteljahr 1922 wurden nicht weniger als 1216 Hunde gegen 511 im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres der Schlachtbank zugeführt, wovon allein 647, also mehr als die Hälfte, auf die Kreishauptmannschaft Chemnitz entfallen. — Die **Ziegenschlachtungen** gehen dagegen andauernd zurück, denn die Ziege gewinnt als Milchtier immer größere Bedeutung. Geschlachtet wurden in Sachsen im 2. Vierteljahr 1921 12 235, im selben Zeitraum des Jahres 1922 nur noch 11 610 Ziegen.

—* **Zur bevorstehenden Leipziger Herbstmesse** verkehren 34 Sonderzüge mit Preisermäßigung aus Deutschland ohne Rückzüge. Dazu kommen sieben Sonderzüge aus dem Auslande. Die Zahl der inländischen Verwaltungssonderzüge (Vor- bezw. Nachzüge ohne Fahrpreisermäßigung) steht noch nicht fest. Weit über 20 000 Interessenten haben bereits Fahrkarten zu ermäßigten Preisen in Leipzig gelöst. — Im Hinblick auf die bevorstehende Leipziger Herbstmesse ist die städtische Beherbergungssteuer vom Rat der Stadt Leipzig durch die neue Erhöhung der Berechnungspreise um mehr als die Hälfte herabgesetzt worden.

—* **Erhöhung der Gepäckfracht.** Mit Rücksicht auf das schnelle Sinken des Geldwertes sowie darauf, daß am 1. September 1922 die Güter- und Expreßgutfrachten sich um 50 Prozent erhöhen, wird die für 1. Oktober 1922 vorgesehene Erhöhung der Gepäckfracht auf 10 Pfennig für 10 Kilogramm und 1 Kilometer schon am 1. September 1922 in Kraft treten. Die Gepäckfracht wird am 1. Oktober 1922 um weitere 50 Prozent erhöht. Von diesem Tage ab beträgt also der Einheitssatz 15 Pfennig für 10 Kilogramm und 1 Kilometer und die Mindestfracht 15 Mark.

—* **Unser Valuta-Elend** wird durch folgende zwei tatsächlichen Vorkommnisse der letzten Tage recht drastisch erläutert. Einem im **Grenzgasthofe in E.** einkehrenden Vogtländer erzählte, so lesen wir in den „Dresdner Nachrichten", sein Tischnachbar, ein Handlungsgehilfe aus Roßbach, der sich bereits die zweite Bratenportion zu 45 Mark leistete, sein Chef habe ihm fünf Briefe zur Besorgung auf die Post mitgegeben, wofür in R. das Porto 10 Kronen betrug. Mit diesen 10 Kronen und den Briefen unternahm er einen halbstündigen Spaziergang nach dem sächsischen Nachbarorte E., wechselte hier die Tschechen-Kronen für 800 Mark um und frankierte die fünf Briefe mit insgesamt 15 Mark. So blieben ihm als Zehrgeld 285 Mark, wovon er 215 Mark für Essen, Trinken und Zigaretten im Gasthofe anlegte und immer noch 60 Mark in bar übrig behielt. Ein andrer Roßbacher Herr gab daraufhin zum besten, wie man völlig kostenlos einen Ausflug nach Bayern machen könne, beziehungsweise, wie er ihn eben ausgeführt habe. Für das nicht länger aufschiebbare Haarschneiden hätte er in Tschechien 6 Kronen und 1 Krone Trinkgeld blechen müssen. Er zog es vor, nach Rehau zu wandern (2 Wegstunden), wechselte dort die 7 Kronen ein und erhielt dafür 210 Mark. Der bayrische Verschönerungsrat verlangte und erhielt für seine Arbeit 20 Mark, so blieben dem schlauen Roßbacher bare 190 Mark zur weiteren entsprechenden Verwendung. Zähneknirschend und die Faust in der Tasche ballend muß der arme, geknechtete sächsische Grenzbewohner mit ansehen und zuhören, wenn derartige traurige „Ausverkaufs"-Beispiele triumphierend zum besten gegeben werden.

Meißen. Einen Bootsunfall erlitt am Sonntag nachmittag ein hiesiger Bootsinhaber, der den steifen Nordwest zu einer Segelpartie stromauf benutzen wollte. In der Nähe der Dampfschiffhaltestelle Spaar versagte, wie das „Meißner Tageblatt" berichtet, aus irgendeinem Grunde die Steuerung, das Boot wurde von dem böigen Winde quer zum Strom getrieben und infolge der Windstärke umgeschlagen. Das wertvolle Boot aus Zinkblech versank mit der gesamten Segeleinrichtung. Der Inhaber, ein hiesiger Klempnermeister, der das Boot selbst gefertigt hat, konnte sich aus dem jetzt hochstehenden Wasser durch Schwimmen ans Ufer retten.

* **Dresden.** Dienstag morgen gegen 2,30 Uhr wurde auf einen hiesigen Kaufmann, der die Prager Straße nach dem Hauptbahnhof zu ging, ein Raubüberfall versucht. In der Seestraße hatten sich zu dem Kaufmann drei Personen gesellt, deren Begleitung er sich aber verbeten hatte. In der Prager Straße warf der eine der drei Begleiter den Kaufmann zu Boden und versuchte, ihm seine im Jackett steckende Brieftasche mit mehreren tausend Mark Geld zu entreißen. Auf Hilferufe wurde der eine Räuber, der der

---

Getäuschte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König. 31

„Höflich? Einem Manne gegenüber, der mir droht? Bedenken Sie, woher Sie kommen. Sie haben wahrlich keine Berechtigung, auf irgend welche Rücksichten Anspruch zu machen. Sie haben meinen Diener ausgeforscht und nicht eine Bitte, sondern eine Forderung an mich gerichtet, glauben Sie, ich werde —"

„Bitte, gedulden Sie sich einen Augenblick," fiel Mintrop ihm wieder in die Rede, dann trat er rasch an die Wand, die seine Stube von dem Nebenzimmer trennte, um dort eine geraume Weile zu horchen. „So, nun können Sie fortfahren," sagte er endlich. „Die Wände sind hier dünn, ich habe mich überzeugt, daß niemand nebenan ist, Ihnen besonders dürfte es nicht lieb sein, wenn unsere Unterredung belauscht würde. Der hochgeborene Herr Baron v. Holbach könnte seinen Nimbus einbüßen, ich für meine Person habe das nicht zu befürchten! — Sie sagen, ich sei nicht berechtigt, eine Forderung an Sie zu richten? Haben Sie die Dienste, die ich Ihnen leistete, schon vergessen?"

„Habe ich Ihnen den Lohn nicht gezahlt, den Sie dafür forderten?" erwiderte Paul.

„Allerdings, und nun denken Sie, den Mohr los zu sein, nachdem er seine Schuldigkeit getan hat? Wem verdanke ich mein ganzes Unglück? Ihnen allein! Sie waren der Satan, der mich verführte! Sie entwarfen den sauberen Plan und schlugen alle meine Bedenken mit der mehrmals wiederholten Erklärung nieder, daß Sie für alles aufkommen und bis an mein seliges Ende für mich sorgen wollten. Leugnen Sie das?"

„Allerdings," erwiderte Paul, der mit mühsam verhaltenem Zorn an der Unterlippe nagte. „Ich verpflichtete mich nur, den Lohn zu zahlen, den Sie gefordert hatten. Und diese Verpflichtung habe ich erfüllt."

„So, so! Und jetzt sitzen Sie auf Ihrem hohen Ritterroß und schauen mit Verachtung auf mich herunter."

„Was soll das?" brauste der Baron auf. „Sie hätten das Geld besser anwenden sollen —"

„Streiten wir nicht länger. Wüßte ich, wo der Betrogene steckt, so reiste ich, ohne lange Unterhandlung mit Ihnen, nach Lindenwalde, um dort ein Wörtchen zu sprechen."

„Unsinn!" höhnte Paul. „Damit erschrecken Sie mich nicht, Sie wissen sehr gut, daß dieser Weg Sie ins Zuchthaus führen würde!"

„Vielleicht auch nicht! In Lindenwalde ist vielleicht mehr Freude über den zurückkehrenden „verlorenen Sohn", als über den Erbschleicher. Und wenn auch, was habe ich noch zu verlieren? Es würde ein Prozeß werden, der den Namen Holbach in alle deutsche Gaue trüge, und schon deshalb wird man in Lindenwalde auf die Klage gegen mich gerne verzichten."

„Und wie wollen Sie die Wahrheit Ihrer Enthüllungen beweisen?" fragte Paul noch immer hühnisch.

„Mein Manneswort wird genügen."

Der Baron lachte. „Das Wort des Ehrlosen darf auf Glauben keinen Anspruch machen," setzte er mit scharfer Betonung hinzu. „Man würde in Lindenwalde annehmen, Sie wollten ein Märchen erzählen, um Ihre leere Börse wieder zu füllen, denn in den Händen meines Vaters sind überzeugende Beweise, die Sie nicht widerlegen können."

„Wollen Sie es darauf ankommen lassen?" fragte Mintrop, den scharfen Blick fest auf den Baron heftend. „Ihre Hilfe ist meine letzte Hoffnung, schwindet auch diese, dann habe ich nichts mehr zu verlieren und zu fürchten, ich darf getrost va banque spielen!"

Baron Paul zuckte scheinbar geringschätzend mit den Achseln, nur sein unstäter Blick und das Zittern seiner Hände verrieten seine innere Erregung.

„Was fordern Sie von mir?" fragte er.

„Verhältnismäßig wenig!" antwortete Mintrop, nach seinem Glase greifend. „Vorab eine geringe Summe, damit ich mich anständig kleiden und hier meine Zeche für einige Wochen bezahlen kann. Sodann die Mittel, um mich drüben als praktischer Arzt niederlassen zu können."

„Wie hoch berechnen Sie diese Mittel?"

„Sagen wir: dreitausend Taler! Mit leeren Händen darf ich drüben nicht ankommen, ich muß Reklame machen, damit ich bekannt werde. Klappern gehört zum Handwerk, und zwar drüben mehr als hier. Steht mein Ruf als geschickter Arzt fest, so will ich mein Schäfchen schon scheeren, bis dahin muß ich die Lärmtrompete blasen, und das kostet Geld."

„Ich kann es Ihnen jetzt nicht geben, mein Vater ist geizig geworden," erwiderte der Baron, indem er sein Portefeuille aus der Tasche holte, „dreitausend Taler sind für mich, so sonderbar das auch klingen mag, eine bedeutende Summe."

„So, so," brummte Mintrop, dessen Blick jetzt erwartungsvoll auf den Banknoten ruhte, die Paul aus dem Portefeuille herausnahm, „wenn das eine Ausrede sein soll, so ist sie schlecht erfunden. Sie hatten damals Geld wie Heu, dem einzigen Sohne versagt ein reicher Rittergutsbesitzer die Mittel nicht —"

„Hier sind hundert Taler!" unterbrach der Baron ihn barsch. „Damit müssen Sie ausreichen, bis ich Ihnen die Mittel zur Reise geben kann! Wollen Sie nun schweigen?"

„Einstweilen ja!" sagte Mintrop. „Vorschriften lasse ich mir nicht machen und eine Abrechnung dürfen Sie nicht von mir fordern; wenn das Geld alle ist, komme ich wieder!"

„Glauben Sie nicht, daß Sie mich bereit finden werden, unverschämte Forderungen zu erfüllen!" fuhr der Baron auf, der sich erhoben hatte.

„Bah," spottete Mintrop, „das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären! Kennen Sie diesen Spruch aus der „Braut von Messina" noch nicht? — Ja, ja, früher, als wir noch gute Freunde und flotte Studenten waren, dachten wir nicht, daß wir einmal so feindlich einander gegenüberstehen könnten! Wir haben damals manchen tollen Streich gemeinsam gemacht und Ihren Mentor weidlich damit geärgert. Wo ist eigentlich dieser Biedermann geblieben?"

„Wissen Sie das nicht?" fragte der Baron mit einem lauernden Blick.

„Nein, Herr Baron!"

„Ich ebensowenig; Schöller war damals schon schwindsüchtig." 249,20

„Dann wird ihn der T . . . . . wohl geholt haben," lachte Mintrop, in dessen Augen es triumphierend aufblitzte.

Kaufmann auf die Straße geworfen hatte und der später in dem Reisenden Paul Albrecht festgestellt wurde, der Polizei übergeben und festgenommen. Die anderen beiden Begleiter, die offenbar zu Albrecht gehörten, sind entkommen.

Pirna. Der Raubmörder Kasska, der früher hier als Schlosser beschäftigt war und vor einigen Wochen in hiesiger Gegend Raubüberfälle und in der Löbauer Gegend einen Raubmord verübte, wurde am Sonnabend in Wiesbaden festgenommen. Auch einige Raubmordversuche kommen auf das Konto dieses Verbrechers.

Sebnitz. Ein neuer Poststempel, der auf der oberen Hälfte die Inschrift: Die Stadt der Kunstblumen-Industrie (darüber, ungefähr in Halbmondform eingeschlossen, Blumen- und Blättergerank), auf der unteren Hälfte Blumen und Blätter, darüber Sebnitz (Sachsen) sowie in einer in der Mitte laufenden Parallele das jeweilige Datum trägt, prangt nun seit einigen Tagen auf fast allen Postsendungen, die auf dem hiesigen Postamt aufgegeben werden.

Bischofswerda. Seine „Schenkung" teilweise zurückgezogen hat Kaufmann Näther, der für die Firma Meier & Co. als Beitrag zur Beschaffung der neuen Motorspritze 5000 M. gezeichnet hatte. Die Firma hatte 1000 M. eingezahlt und verweigerte die Bezahlung des restlichen Betrages von 4000 M., weil die städtischen Kollegien seinerzeit den geforderten Preisnachlaß auf minderwertiges Nutzholz abgelehnt hatten. Die Stadtverordneten beschlossen nunmehr, der Firma auch die eingezahlten 1000 M. zurückzuzahlen und die Schenkungssumme auf die Stadtkasse zu übernehmen.

Kamenz. Einen humorvollen Reinfall erlebte der Radfahrerverein „Falke" in Wiesa, der die Weihe seines Banners begehen wollte, das aber nicht rechtzeitig eingetroffen war. In der Verlegenheit griff man zu dem noch nicht geweihten Banner des Radfahrervereins „Viktoria", Gersdorf-Möhrsdorf, vergaß bei den Weiheseierlichkeiten aber, die Inschrift Gersdorf-Möhrsdorf zu verdecken, so daß der Ersatz bekannt wurde. Bei dem Festzug wurde die verräterische Inschrift dann mit einem Taschentuche verdeckt.

Kamenz. Tödlich verunglückt ist auf dem Turnplatz an der Lessingschule beim Kugelstoßen der 26 Jahre alte Betriebsleiter Walter Kriegel. Durch einen Zufall traf ihn eine eiserne Kugel so unglücklich an den Kopf, daß er eine schwere Kopfverletzung erhielt, an deren Folgen er nach Ueberführung in das Barmherzigkeitsstift verstarb.

Zittau. In der Stadtverordnetensitzung kam es zu einer lebhaften Aussprache über Zittaus Ausverkauf durch die Deutschböhmen. Es wurde ein Antrag angenommen, daß der Stadtrat unverzüglich Schritte unternimmt, um durch Verhandlungen mit Kleinhändlern, Gewerbetreibenden und Verbrauchern zu ermitteln, welche Wege beschritten werden können, durch welche die Zittauer Einwohnerschaft vor der gewaltigen Preissteigerung wenigstens etwas geschützt wird.

Reichenau bei Zittau. Zwei Schmugglerinnen konnten hier in zwei aus Gablonz stammenden, in Oppelsdorf zur Kur weilenden Damen verhaftet werden. Beide wollten Waren im Werte von etwa 60 000 Mark nach der Tschechoslowakei ausführen. Die zur Abwendung der Untersuchungshaft zu leistende Sicherheit geht in die Millionen.

Großschönau i. Sa. Eine Eingabe der Gemeinde an das Reichswirtschaftsministerium zum Erlaß schärferer Verordnungen zur Verhütung des Ausverkaufs an der Grenze ist durch das Landesfinanzamt dahin beantwortet worden, daß die im beiderseitigen Interesse des kleinen Grenzverkehrs bestehenden Bestimmungen nicht weiter abbaufähig sind. Durch die erlaubte Ausfuhr von Gemüse und von 5 Kilo Kartoffeln pro Kopf und Woche sei eine Gefährdung und Benachteiligung der Inlandsbewohner nicht zu befürchten. Die Benachteiligung erfolge nur durch Schmuggel und Grenzpascherei. Hiergegen Front zu machen, sei die Grenzbehörde eifrigst bemüht, bedürfe aber der wirksamsten Mithilfe der Grenzbewohner. Diese sei leider nicht vorhanden, im Gegenteil habe wiederholt festgestellt werden müssen, daß die Grenzbewohner die Pascherei unterstützten. Persönliche Verhandlungen im Anschluß an diese Antwort mit der Zollbehörde und der Gemeindeverwaltung haben die Wiedereinführung eines Verkaufs-Ausweises erwogen. Es ist wiederholt beobachtet worden, daß die Lebensmittelhändler die Einheimischen beim Einkauf schroff behandeln. Die arbeitende Bevölkerung hat bereits Selbsthilfe angedroht.

Annaberg. Die städtischen Kollegien haben sich nach reiflicher Ueberlegung entschlossen, die Stromerzeugung im eigenen Annaberger Elektrizitätswerk einzustellen und in Zukunft den Strom aus den staatlichen Kraftwerken Oelsnitz-Hirschfelde zu beziehen. Maßgebend hierfür war u. a. die Tatsache, daß die derzeitige Kraftanlage des Elektrizitätswerkes kaum den gegenwärtigen Strombedarf zu decken vermag, geschweige denn eine noch unbedingt notwendige Stromreserve besitzt. Eine Erweiterung des Werkes hätte 30 bis 40 Millionen Mark gekostet und kam deshalb nicht in Frage. Der Strom soll der Stadt Annaberg durch eine 30 000-Voltleitung von der Himmelmühle aus zugeführt und in einem Umspannwerk dem hiesigen Netz zugeleitet werden. Vorläufig bleibt das städtische Elektrizitätswerk demnach stillgelegt.

Chemnitz. Die Fleischerinnung brachte in einer starkbesuchten Innungsversammlung zum Ausdruck, daß das Fleischerhandwerk voll und ganz die auf triftigen Gründen beruhende Anregung seitens der Behörden anerkenne, den Gefrierfleischverkauf so viel als möglich zu fördern. Die Versammlung hat daher einstimmig beschlossen, den Verkauf von Gefrierfleisch allgemein einzuführen. Hinsichtlich der Abneigung der Konsumenten gegen Gefrierfleisch wurde erklärt, dies sei vielleicht insofern berechtigt gewesen, als noch aus der Kriegszeit herstammende lang gelagerte Bestände zur Einfuhr nach Deutschland gelangten. Dies habe sich in letzter Zeit geändert, da durchgängig frische Prima-Qualität geliefert werde.

X **Zwickau.** [illegible] hiesigen Schlachtviehmarkt traten die Fleischer i[illegible] Ausstreik, da die Viehpreise abermals stark anzo[illegible] für Schweine Preise bis zu 185 Mark für ein Pfu[illegible] Lebendgewicht verlangt wurden, was einem Kleinhandelspreise von 180 Mark entsprechen würde. Es kam zu erregten Auftritten zwischen Viehhändlern und Fleischern. Der Markt wurde geschlossen und die Fleischer zogen geschlossen vor das Rathaus, wo sie vor einem Vertreter des Rates erklärten, daß sie für Schweine nicht mehr wie 90 bis 100 Mark, für Qualitätsware höchstens 110 Mark, für Rinder bester Qualität nicht mehr wie 55 Mark und für Kälber und Schafe nicht mehr wie 50 Mark zahlen würden. Besondere Erbitterung herrscht unter den Fleischern wegen des Aufkaufes von Vieh für die Tschechoslowakei unter Ausnutzung der niedrigen Markwährung. Die Verhandlungen zwischen Viehhändlern und Fleischern dauerten noch stundenlang fort und erst in den späten Nachmittagsstunden konnte der Viehmarkt wieder eröffnet werden.

)(**Oelsnitz i. V.** Nach einer Sonderfahrt, die vorletzte Nacht das Reichspostauto von Oelsnitz nach Ebmath ausführte, explodierte die Maschine. Der Kraftwagen verbrannte vollständig. Es blieben nur die Eisenteile übrig. Der Schaden beträgt etwa eine Million Mark. Personen sind nicht verletzt.

Leipzig. Ein Hilfswärter aus dem Krankenhaus St. Georg hatte in den letzten Tagen einem Freunde beim Heranfahren und Abladen von Kohlen geholfen. Dabei hatte er die Brieftasche mit über 2000 Mark verloren. Der Verlust war um so schmerzlicher, als der Verlierer das Geld mühsam zusammengespart hatte, um seiner jungen Frau eine Freude durch Ankauf notwendigen Hausbedarfs zu bereiten. Tiefbetrübt schlich nun der junge Ehemann nach Hause, doch wer beschreibt sein Erstaunen, als er in seinem Briefkasten einen Zettel vorfand, er solle sich schleunigst bei dem Finder R., Laubestraße 16, melden. Gewiß ein Fall, der nicht alltäglich ist und in der Zeit des Egoismus und der Zunahme der Vergehen registriert zu werden verdient.

* * *

)(**Dessau.** Vorletzte Nacht sind die Anhaltischen Fahrzeugwerke, Aktiengesellschaft Robert Krause in Joniß durch ein großes Schadenfeuer zum größten Teil zerstört worden. Die hauptsächlich mit der Herstellung von Motorradanhängewagen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigten Werke sind stillgelegt. 200 Arbeiter sind beschäftigungslos geworden.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 28. August 1922.

Schweres Zugunglück.

)(**Rosenheim.** Laut Morgenblätter ereignete sich auf der Wendelsteinbahn ein schweres Zugunglück. Aus unbekannten Ursachen stürzte ein Zug unterhalb des Berghotels an der sogenannten Reindlscharte um. Gegen 30 bis 40 Personen wurden verletzt, darunter mehrere schwer. Eine Person, die aus dem umstürzenden Zug heraussprang, stürzte die Felswand hinab.

Die englische Arbeitslosenziffer.

)(**London.** Die Zahl der Arbeitslosen am 14. Juli betrug 1 332 100.

Eine Absage Frankreichs.

)(**London.** Reuter veröffentlicht eine Information, die besagt, daß die französische Regierung der britischen mitgeteilt hat, sie sei nicht in der Lage, zu der Summe beizusteuern, die zur Untersuchung der in Kleinasien begangenen Grausamkeiten durch das Rote Kreuz erforderlich sei. Es sei zweifelhaft, ob diese Untersuchung stattfinden könne. Die erforderliche Summe beträgt 100 000 Francs. Großbritannien hat vorgeschlagen, daß Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Italien je ein Viertel tragen.

Der Sturz der Mark.

)(**London.** „Westminster Gazette" schreibt: Der rasche Sturz der Mark zeigt, wie kritisch die Lage in Deutschland ist. Wenn schon französische Drohungen ein solches Ergebnis haben, was wird dann erst auf eine Aktion folgen? Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Poincaré es sich wohl überlegen werde, bevor er gegen das Urteil der Welt zur Aktion übergänge.

Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt: Jedermann fragt sich, welche Auswirkungen die Rede Poincarés auf die Verhandlungen in Berlin haben wird. Wollte der französische Ministerpräsident jedem Kompromiß die Tür verschließen? Er habe auf seinem Londoner Programm, auf der Kontrolle der Ruhrbergwerke und der Staatswälder, bestanden. Da die Engländer sich aber der Beschlagnahme dieser besonderen Pfänder widersetzt haben, welchen Zweck habe es denn noch, daß Bradbury die Verhandlungen mit der deutschen Regierung fortsetze? Die Leute, die am besten den Standpunkt Bradburys kennen und die wissen, daß er seine Reise nach Berlin unter der Voraussetzung unternommen hat, daß die französische Regierung nicht ein unbedingtes Veto einlegen wird, sind jetzt besorgt, daß er möglicherweise schleunigst zurückkehren wird. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Rede Poincarés verfaßt worden war, bevor die Reparationskommission am letzten Donnerstag die Entsendung einiger Mitglieder nach Berlin beschlossen hat, und zwar, wie es heißt, mit Zustimmung des Quai d'Orsay. Daher kann man annehmen, daß sich Poincaré tatsächlich mit Aequivalenten für die Pfänder zufrieden geben würde, die er fordert. Es ist aber trotzdem nicht zu leugnen, daß die Rede von Bar-le-Duc die schwierige Lage nicht gebessert hat.

Kundgebungen in Straßburg.

)(**Paris.** Der „Matin" erfährt aus Straßburg, daß nach den Kommunisten von Straßburg nun auch die Sozialisten heute eine Kundgebung gegen die Retorsionsmaßnahmen veranstalten werden.

Neun Personen getötet.

)(**Paris.** Nach einer Matinmeldung aus Lissabon sind in einer Fabrik von Feuerwerkskörpern neun Personen getötet und elf verletzt worden.

Zur Abberufung des Wiesbadener Regierungspräsidenten.

)(**Paris.** Nach einer Havasmeldung aus Koblenz ist die Abberufung des Regierungspräsidenten von Wiesbaden, Dr. Mumm, durch die interalliierte Oberkommission als endgültig zu betrachten.

Vermischtes.

Zwei weitere Opfer des Hamburger Werftunglücks. Aus Hamburg wird gemeldet: Aus dem gehobenen Dampfer „Ivare" wurden vorgestern wiederum zwei Leichen geborgen, so daß bis jetzt nach der erfolgten Hebung des Schiffes elf weitere Opfer gefunden worden sind.

Eine Hausmauer eingestürzt. Bei Bauarbeiten, die an einem Hause in der Wettinerstraße in Berlin vorgenommen wurden, stürzte Dienstag nachmittag

Sonne in Dresden.

Mit einem Schlage ist es anders geworden. Der Druck tief segelnder dicker Wolkenballen ist von der Stadt genommen, — ganz Dresden glitzert wieder. Und oben glitzert es am meisten, das zeigen die vielen goldenen Männlein und Weiblein, die da auf Kuppeln und Türmen angebracht sind. Und wenn sie auch nur vergoldet sind, so mögen sie darob stolz sein in unserer papierenen Zeit. Ja, sie scheinen sich der glitzernden Strahlen zu freuen. Neuwaschen steigen sie, der Mann auf dem Rathausturm mit seinem fabelhaft verschwenderisch Schätze bergenden Füllhorn, neuwaschen hüpft die goldene Dame auf der Glaskuppel der Akademie auf einem Beine, ob sie auch alle Berechtigung hätte, sich einmal hinzusetzen und mit dem Kollegen nicht weit von ihr zu tauschen, der ganz ungalant schon all die Jahre sitzen geblieben ist, ohne ihr auch nur einmal seinen bequemen Stuhl anzubieten. Und so bunt und frischgewaschen steht es in der ganzen Stadt aus, das macht das einzige Sonnenlächeln. Einkaufende Frauen ärgern sich nicht weiter über Riesenpreise; sie schauen lächelnd nach dem Himmel, als wollten sie sagen: „Seht die liebe Sonne! Die fragt nicht nach Valutawert und schenkt uns ihre guten Gaben nach wie vor umsonst!" Und die Männer unterbrechen ihre Gespräche, ob zwanzig- oder dreißigtausend Mark zu verdienen sind, — eine Erinnerung kommt ihnen an die Zeit: wo sie noch nicht mit lauter Wuchergeschäften den Sonnenschein des Herzens fortgeekelt hatten. — Aber erst die Kinder! Woher die es wußten, daß heute mal wieder richtig die Sonne scheinen würde? Alle sind sie mit einem Male da, Mädels mit fliegendem Bubenhaar und solche mit fittsamen Schneckchen über den Ohren und Buben, die vor Vergnügen balgen und jede Bewegung mit ganz unnötigem Gebrüll begleiten.

Jungfer Elbe aber hat ihr hellblaues Seidenkleid angezogen und läuft im schönsten Staat an blaugrünen Waldhängen vorüber und durch die schönen Bogen unserer Brücken, ja sogar dem kleinen kauernden Brückenmännlein, das, von seinem Platz an der alten Augustusbrücke verdrängt, an der neuerbauten Sitzgelegenheit gefunden hat, und das jede Laune der Jungfer Elbe gesehen und manchen Nasenstüber von ihr empfangen, lächelt sie heute freundlich zu.

Die blaugrünen Wälder! Da haben auch die ihre graue Nebelkappe abgenommen, schimmern in buntfröhlichen Farben und schauen von allen Seiten in die langen Steinschluchten der Straßen hinein. Wie gut ist es, daß noch so nahe der Stadt die Wälder rauschen! Wie schön ist der Blick nach unserer Heide hinaus! Nein, wir dürfen sie nicht dem Mammonismus unserer Zeit opfern lassen! Wir brauchen den erfrischenden Ozon, den wohltuenden Einfluß der Natur auf Körper und Geist, auf die angespannten Nerven, die überreizten Sinne! Ein Moorbad soll dort oben entstehen, für fremde Kranke, wo jetzt ungezählte Dresdner jeden Sonntag unter rauschenden Wipfeln Erquickung finden. Und warum? Im Jagen und Hasten nach Geld wird nur zu sehr der beste, höchste Wert, die Gesundheit zum Opfer gebracht. Schon viel zu weit wurde der Wald zurückgedrängt. Bis wo die Forststraße in die Bautzner Straße mündet, rauschten vor Jahrhunderten die Wipfel uralter Tannen und Fichten, wiegten sich zartblättrige Birken im Wind, und das Gasthaus zum „Goldenen Löwen" war die letzte städtische Einkehr. Da gab es auch unsichre Zeiten, wo allerhand Raubgesindel dort draußen hauste, sodaß kein ehrsamer Bürgersmann mit Weib und Kindern unter seinem Dache luftwandeln konnte; aber das war auch nicht so dringend nötig als jetzt, wo wir die Fühlung mit der allheilenden Natur nur zu leicht verlieren. Denn im kleinen Umkreis der damaligen Stadt gediehen Gärten, und der Weinstock rankte noch um niedrige Häuser, die Sonne und die Luft nicht absperrten. Freilich, auch manches Unangenehme gab es für die Augen und Geruchsnerven. So mußte seiner Zeit ein Seifensieder in der Wilsdruffer Straße sein Geschäft vor das Tor verlegen, weil er mit seinem Handwerk die Luft gar zu arg verstänkerte. Und der hochnasigen Gnädigen konnte es passieren, daß ein dem Stalle und dem drohenden Schlächter entflohenes Schweinchen ihren Weg kreuzte und sich mit seinen Borsten an ihrem Seidenkleide rieb.

Ja, die alte Zeit war doch nicht in allem die gute. Freilich, besser als die jetzige, wo jedes Borstenvieh ganz ungeahnte Ehrungen genießt und die braven, biederen Gänse, die am Abend mit lautem „biele — biele"-Rufen in den heimischen Stall getrieben werden, ordentlich herausfordernd ihr teueres Fett zur Schau tragen. Wir haben unseren schönen, wohleingerichteten Schlachthof, die sauberen Fleischerläden und Markthallenstände, — aber Fleisch kennen wir kaum mehr des Sonntags, und der fromme Wunsch, daß jeder Bürger sein Huhn im Topfe haben möge, ist ein unerfüllbarer geworden.

Aber, nach Regen folgt Sonnenschein! Das ist eine alte, längst erprobte Regel, die auch nicht eine Ausnahme kennt, ob auch noch so lange kein Strahl sich verklärend zeigte. Rauhe Winde, die uns statt Sommerfreude grimmigen Herbst vortäuschten, Regengüsse, graue lagernde Nebel hüllten wochenlang die Stadt und ihre reizende Umgebung ein, sodaß den Fröhlichsten eine trübe, ärgerliche Stimmung umfing. Doch jetzt ist alles wieder vergessen. Trübsal, Ungemach; und doppelt freuen wir uns der Sonne. Werden wir wohl einen anderen Witterungsumschwung erleben, der wieder Sonne und Genießen in unser Leben trägt?

Augur.

Hundertjahrfeier deutscher Naturforscher u. Aerzte.

Die deutsche Wissenschaft begeht in diesem Jahre ein bedeutsames Jubiläum. Im Oktober werden es hundert Jahre, daß der Jenenser Gelehrte, Lorenz Oken, eine Anzahl Naturforscher und Aerzte aus den verschiedensten, damals noch zerrissenen Gegenden Deutschlands zu einer Zusammenkunft nach Leipzig eingeladen hat, aus der dann in regelmäßiger Wiederkehr die Tagungen der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte hervorgegangen sind. Zur Hundertjahrfeier, die in den Tagen vom 18. bis 24. September in Leipzig stattfindet, hat der Archivar der Gesellschaft, Geheimrat Sudhoff (Leipzig) eine Gedenkschrift herausgegeben (Verlag F. C. W. Vogel, Leipzig), in der die Entwicklung der Gesellschaft in ihren hauptsächlichsten Zügen dargestellt wird. Dieser Rückblick ist ein äußerst lehrreiches Kapitel aus der Geschichte deutscher Wissenschaft; er ist zugleich ein Beweis für die Bedeutung der Gesellschaft, der fast alle ersten Geister der Wissenschaft als Mitglied angehört haben.

Auf der Hundertjahrfeier in Leipzig werden die bedeutendsten Gelehrten und Forscher unserer Zeit zu Worte kommen. Einstein hat es übernommen, über die Relativitätstheorie in der Physik zu sprechen, falls der Gelehrte schon von seiner Auslandsreise zurück sein sollte. Für den Fall seiner Abwesenheit hat Professor von Laue, der Direktor des Instituts für theoretische Physik in Berlin, es übernommen, den Vortrag zu halten. Ueber die Relativitätstheorie in der Philosophie wird Professor Schlick (Kiel) sprechen. Das Thema der medizinischen Hauptgruppe ist die Wiederherstellungschirurgie. Professor Bier (Berlin) wird über Regenerationen, insbesondere beim Menschen sprechen, während Professor Lexer (Freiburg) über Transplantation und Plastik reden wird. Ueber das andere Hauptthema „Vererbungslehre" werden sprechen Professor Johannsen (Kopenhagen) „Hundert Jahre der Vererbungsforschung", Professor Meißenheimer (Leipzig) „Ueber äußere Erscheinungsform und Vererbung" und schließlich Dr. Leu „Ueber die Vererbungslehre beim Menschen". Das nächste Thema handelt von Elektrolytwirtschaft im Organismus. Zu Worte werden kommen Professor Ostwald (Leipzig), Professor Höber (Kiel) und Professor Spiro (Basel). Am dritten Tage wird nach einem Vortrage von Professor Walther „Fortschritt und Rückschritt im Laufe der Erdgeschichte" und Professor Hellmann über „Deutschlands Klima", Sven Hedin über „Das Hochland von Tibet und seine Bewohner" sprechen. Neben diesen Hauptvorträgen werden in weit über dreißig verschiedenen Abteilungen die Sondergruppen der verschiedenen naturwissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen sich über die neuesten Ergebnisse auf ihrem engeren Fachgebiete aussprechen.

Während der Tagung wird zugleich eine große Ausstellung der wissenschaftlichen Industrien stattfinden. Eine Ausstellung der Fachliteratur ist in Vorbereitung, die die gesamten Fachzeitschriften wie auch die Bucherscheinungen der letzten zehn Jahre enthält und eine Reihe wertvoller alter Schriften und Handschriften.

Die Hundertjahrfeier verspricht ein wissenschaftliches Ereignis ersten Ranges zu werden, zu dem bereits Tausende von Gelehrten und Aerzten ihre Teilnahme gemeldet haben.

SLUB
Wir führen Wissen.

eine Hausmauer ein und begrub unter ihren Trümmern vier Arbeiter, von denen einer sofort verstarb, während ein zweiter sehr schwere Verletzungen erlitt. Die beiden anderen sind mit leichten Wunden davongekommen.

Unterschlagung bei einem Hamburger Bankhaus. Durch Unterschlagung von 10 000 tschechischen Kronen und amerikanischen Wertpapieren wurde dem „Berl. Lokalanz." zufolge ein mittleres Hamburger Bankhaus von einem Angestellten um mindestens 1½ Millionen geschädigt.

Tot aufgefundene Touristen. Nach einer Innsbrucker Meldung des „Berl. Lokalanzeiger" sind der Innsbrucker Arzt Dr. Ortmann und der Hochschüler Schmidt aus Würzburg unterhalb der Wettersteinwand tot aufgefunden worden.

Trauriger Abschluß eines Festes. Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanzeiger" aus Königsberg fand das vorgestrige Heimatsfest in Klein-Maransen einen traurigen Abschluß. Nachts um 12 Uhr fuhren die Festteilnehmer über den Maransen-See nach Hause. Während der Fahrt schlug das eine Ruderboot um, in dem sich acht junge Leute befanden. Die Insassen stürzten ins Wasser. Dabei ertranken sechs Personen, drei junge Männer und drei Mädchen.

Aufgeklärter Millionendiebstahl. Als Täter und Hehler des am 2. Juli 1921 in Memel verübten Fünfmillionendiebstahls sind jetzt der ehemalige Kleinbahnarbeiter Hermann Gaul, seine Ehefrau und Söhne, der Postschaffner Karl Gaul und der Bahnarbeiter Willi Gaul ermittelt und verhaftet worden. Es wurden teils in der Wohnung, teils in der Nähe auf dem Felde vergraben vorgefunden und beschlagnahmt 4 710 000 Mark in Tausendmarkscheinen, neun Bernsteinketten, 14 Schächtmesser und eine Menge Manufakturwaren, die von dem gestohlenen Geld gekauft worden waren.

Der Tanzwaggon. Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten trägt nach uns zugehenden Meldungen auch der augenblicklichen Tanzwut die größte Rechnung. Damit die tanzenden Männlein und Weiblein nur nichts vermissen, will die amerikanische Eisenbahnverwaltung auf der Linie Oklahoma—Lawton der Mehrzahl der Züge einen großen Waggon als Tanzdiele beigeben, auf der die Reisenden sich austoben können. Das Orchester bleibt in Oklahoma. Alle Tänze, die gespielt werden, sollen durch Radiotelephonie übermittelt werden. Wer nun aber auf amerikanischen Bahnen gereist ist, wird sich allerdings das Tanzen bei der riesigen Schnelligkeit kaum als einen Genuß denken können.

Auerochsen auf der Wanderschaft. Wie die Krasnaja Gazetta" (rote Zeitung) meldet, sind im Kreise Bobäisk, Gouvernement Minsk, eine große Anzahl von Auerochsen erschienen. Diese seltenen Tiere haben die großen ehemaligen zarischen Forsten von Bjeloweshensk verlassen. Sie wurden dort zu Zeiten der Zarenregierung sorgfältig gehegt und auf den großen Hofjagden, an denen auch der Deutsche Kaiser verschiedentlich teilgenommen, zur Strecke gebracht.

Wie die Franzosen im Rheinland „Propaganda" machen. „Man veranlaßt die Franzosen, ihre Ferien im Rheinland zu verbringen", so schreibt das „Journal des Débats". „Man hat recht. Es ist ein entzückendes Land: schöne Wälder, angenehme Gebirgszüge, behagliche Badeorte mit guten Hotels und guter Musik, alles spottbillig. Wo gäbe es bessere Bedingungen für den Sommeraufenthalt? Es soll das auch eine vorzügliche Propaganda sein, um den Frieden zu festigen. Aber dazu müßte man die Reisenden auswählen und nur gut erzogene Leute hinschicken. Das ist natürlich schwierig, und so gibt es unter der Wolke von Touristen, die sich auf den Rheinstädten niederläßt, eine Menge Flegel, die die Miene des Siegers zur Schau tragen. Natürlich fallen diese Leute am meisten auf. Andere wieder, die nicht ans Reisen gewöhnt sind, halten es für eine Beleidigung, wenn man sie nicht versteht. Sie sind erstaunt, daß ein Volk, dem sie die Ehre ihres Besuches schenken, nicht auch ihre Sprache spricht, und wäre es selbst „marseilleserisch". So beschimpfte eine französische Familie aus dem Süden einen Bahnhofsvorstand, der ihnen nicht den „traingne de Barmaingne" sagen konnte. Wahrscheinlich würde man sie in Paris ebensowenig verstanden haben, aber in „Wissabadaine", d. h. Wiesbaden, faßten sie das als Beleidigung auf und schrieen laut nach dem Wachthabenden, um sich über so bösen Willen zu beklagen. Andere wieder versorgen sich nicht mit genügend deutschem Gelde, um ihre Rechnung bezahlen zu können, und beschimpfen dann diesen „Dieb von Boches", der 150 Mark für eine Flasche Wein verlangt, ohne zu bedenken, wie unerhört billig das für sie ist. Eine Gruppe französischer Reisender tritt in ein Gasthaus. Man ist in Deutschland, man muß deutsche Getränke zu sich nehmen. Bier haben sie genug getrunken, sie wollen nun „Kirsch". Sie bestellen ihn bei der Kellnerin, die sie natürlich nicht versteht. Da kommt der Schlauberger der Truppe auf den Gedanken, daß der „Kirsch" im Schwarzwald zubereitet wird, und er ruft nun laut: „Schwarz, Schwarz!", wie wenn dieses Adjektiv irgendwie Licht in die Sache bringen könnte. Das Mädchen aber, das bereits zu ahnen anfing, wird nun ganz verwirrt und sagt: „Aber Kirschwasser ist doch weiß!", worauf die Reisenden sich über die „Dickköpfigkeit" der Deutschen beklagen."

Der Kampf gegen die Teuerung.

Die katastrophale Verteuerung der Lebenshaltung, die durch das stete Steigen der Preise für die notwendigsten Bedürfnisse, besonders für Nahrungsmittel, herbeigeführt wird, gab dem **Rate zu Dresden** Veranlassung, am vergangenen Sonnabend die Vertreter der in Frage kommenden **Behörden** mit der **Verbraucherschaft** unter Zuziehung von **Erzeugern** zu einer Besprechung zusammenzurufen, um auf Mittel und Wege zu sinnen, ob diesem wahnsinnigen Preisanstieg mit Erfolg irgendwie entgegengetreten werden könnte. Das Ergebnis war, um es vorweg zu nehmen, leider, wie sich ja auch voraussehen ließ, ziemlich negativ.

Man beschäftigte sich zunächst, wie die „Dresdner Nachrichten" berichten, mit den **Milchpreisen.** Sie werden festgesetzt vom Milchwirtschaftlichen Landesverband Sachsen unter **Zugrundelegung des Butterpreises.** Diese Verquickung zweier Produkte ist außerordentlich schädlich, denn wird der Milchpreis niedrig gehalten, so wandert die Milch fast ganz in die Buttermaschine. Berlin hat hierin sehr schlechte Erfahrungen gemacht; als man den Milchpreis herabsetzte, ging die tägliche Zufuhr von Milch von 540 000 Litern auf 210 000 Liter zurück.

Der Butterpreis wird in einer ganz unglaublichen Weise festgesetzt. Einzig ausschlaggebend für die Notierung ist der **Berliner Markt.** Die 200—300 Zentner, die dort gehandelt und von Berliner Gastwirtschaften naturgemäß um jeden Preis erstanden werden, gelten als amtliche Notierung, sind also Zufallsangebote, die ihrerseits dann wieder wie oben erwähnt, die Milchpreise bedingen. Aus den Kreisen des Handels kam in dieser Konferenz der radikale Vorschlag, die Butter in ganz Deutschland auf eine Zeitlang zu verbieten. Die Mehrheit der Versammlung, Händler wie Verbraucher, war sich einig, an den Rat ein Ersuchen zu stellen, beim Reiche ein **allgemeines Verbutterungsverbot** (!) auszuwirken. Einstimmig fand ein Antrag Annahme, die Berliner Butterauktionen in ihrer jetzigen Art aufzuheben.

Als das zweite wichtige landwirtschaftliche Produkt behandelte man die **Versorgung mit Eiern.** Sie vollzieht sich so, daß Händler auf dem Lande die Eierproduktion aufkaufen. Man war sich klar, daß dieses Aufkäufertum preistreibend wirken muß, konnte aber auch kein zweckentsprechendes Mittel namhaft machen zur Bekämpfung der Preissteigerung auf diesem Gebiete.

Nicht besser war das Ergebnis der Besprechung über **die Fleisch- und Viehpreise.** Am Dresdner Markt ist die Lage insofern noch sehr ungünstig, da hier eine überaus große Zahl von Käufern auftritt. Diese Ueberschwemmung mit Kauflustigen rührt daher, daß heute viele Fleischer vom Lande hereinkommen, die früher dort bei kleinen Viehhaltern ihren Bedarf deckten.

Eine Niedrighaltung bei **Fetten** ist leider auch nicht angängig, da es sich in größtem Umfange um Auslandswaren handelt, die dem Schwanken des Dollars unterliegen.

Zum Schluß beschäftigte man sich noch mit einer allgemein interessierenden Frage: **Wie kann der Handel der Geldentwertung Rechnung tragen,** und wie darf er **seine vorhandenen Lagerwaren den neuen Einkaufspreisen angleichen?** Früher war ein Verkauf, der von dem Einkaufspreise abwich, strafbar. Die Rechtsprechung steht jetzt auf dem Standpunkte, daß ein gewisser Aufschlag nötig ist, um das Betriebskapital einigermaßen intakt halten zu können. Würde der Handel gezwungen werden, stets nur zum alten Preise zu verkaufen, so wäre er nicht in der Lage, irgendwelche neuen Waren bei der ständigen Steigerung heranzuschaffen. Verbraucher und Händler waren in der Versammlung mit dieser Auffassung völlig einverstanden.

Nach alledem muß man zugestehen, daß das Ergebnis dieser Verhandlung karg genug für den Verbraucher ist und daß wenig Hoffnung auf eine Besserung der Verhältnisse in der Zukunft besteht, falls nicht die Geldentwertung nachläßt oder zum Stillstand kommt. Mit allem Nachdruck wurde auch aus Verbraucherkreisen betont, daß den inländischen Handel, insonderheit den **Kleinhandel; keine Schuld an der Preissteigerung** trifft.

Sport.

Die Segler der Lüfte Aus Gersfeld in der Rhön erhält die „B. Z." nachstehenden Bericht: Zwei wunderbare Tage des Geschehens liegen hinter uns. Vielen von uns, denen es beschieden war, die **Meisterflüge von Martens und Hentzen** miterleben zu können, ist ein Schauer über den Rücken gelaufen bei der Vorstellung dessen, was auf diesem ein wenig abgelegenen Fleckchen Erde, in den luftigen Höhen über dem Rhöngebirge der Menschheit für ein **kostbares Geschenk von zwei jungen deutschen Studierenden** gemacht worden ist. Der **Segelflug ist geboren.** Mit einem aus Holz und Leinewand geschaffenen Gebilde, nur durch Verstand und Erfahrungen getrieben, weiß der Mensch, ohne sich des Beistandes brutaler Gewaltmittel zu bedienen, sich **in die Luft zu schwingen,** darin **Höhen zu gewinnen** und **solange zu schweben,** als der Wind es ihm gestattet. Eine Stunde lang, zwei Stunden lang hat man es uns gezeigt — über einem von Passatwind überwehtem hügligen Gelände würden Martens und Hentzen in einem zweisitzigen hannoverschen Vogel einander ablösen und heute schon tagelang motorlose Flüge vorführen können. Nur Kalorien im Eßkorb brauchen sie mitzunehmen, aber keine Riesenbehälter mit explosiver Flüssigkeit, deren Gewicht die Nutzlast motorischer Flugzeuge vernichtet und dem ununterbrochenen Flug ein frühes Ende setzt.

Wer gesehen hat, wie diese beiden jungen Flieger in ihrem Wundervogel, **durchaus nicht an das Gelände gebunden** oder etwa ganz ängstlich einen Strich festhaltend, ihre Kreise fliegen, ihre elliptische Bahn mal hier, mal dort beschreiben und mit welcher vollendeten Geschicklichkeit sie ihre Wendungen vollziehen, ohne an Höhe zu verlieren, der hat die Ueberzeugung erhalten: hier wird eine Flugart ausgeübt, von der wir bisher noch keine Ahnung hatten, wenn wir auch Gleitflüge in aufsteigenden Luftströmen schon kannten.

Die Frage wird laut: Ist das noch Gleitflug, Gleitflug im Aufwinde oder schon **Segelflug,** d. h. Fliegen unter Ausnutzung der im unstetigen Winde vorhandenen Energien? Die Frage wird erst beantwortet werden können, wenn unsere beiden Flugkünstler von dem Trubel des Wettbewerbes befreit, Zeit zu ruhiger Ueberlegung gewonnen und ihre Erfahrungen und Beobachtungen mitgeteilt und über die Art ihrer Flugsteuerung Aufschluß gegeben haben werden. Die Erklärung, die Martens gab, daß der Wind über dem ganzen Gebirge aufsteigende Tendenz hat, worauf übrigens schon Georgii in seinem Werk über den Segelflug und seine Kraftquellen im Luftmeer hingewiesen hat, scheint hier nicht auszureichen, um **den in jeder Stellung des Flugzeuges** zur Windrichtung bezw. Flughöhe unbeeinflußten gleichmäßigen Flug erklären zu können. Er unterscheidet sich in nichts von dem **Kreisen von Raubvögeln,** das man im Vorgelände vor dem Westhang der Wasserkuppe, wo auch die Flüge der Hannoveraner stattfanden, so häufig beobachten kann. Eine Zeitlang während des Hentzenschen Fluges am Sonnabend sah man einen Bussard etwas tiefer als den Vampyr ohne Flügelschlag seine Kreise ziehen, ein Vorgang, der bei den Zuschauern lebhafte Beachtung fand.

Kunst und Wissenschaft.

Die Bayreuther Festspiele gesichert. Am 1. September schließt die Deutsche Festspiel-Stiftung Bayreuth die Annahme der Zeichnung von Patronatsscheinen, nachdem das Ergebnis von 6 Millionen Mark den gewünschten Erfolg um das Doppelte überschreitet und dadurch die Festspiele gesichert sind. Zur Zeit finden die ersten Vorproben unter der Leitung von Siegfried Wagner und Kapellmeister Kittel in Bayreuth statt. Mehr als zwei Drittel aller Plätze des Festspielhauses sind bereits durch die Bezugsrechte der Patrone belegt. Diesen wird die Patronatsurkunde in Gestalt eines wertvollen mehrfarbigen Kunstblattes von Franz Staßen überreicht.

Staatliche Ehrenpreise für Gesangvereine. Um die Pflege des Chorgesanges und des deutschen Volksliedes zu stärken, will das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung jetzt eine neue Form staatlicher Anerkennungen für jubilierende Gesangvereine verleihen. Es hat drei künstlerische Gedenkblätter schaffen lassen, die an Männer-, Frauen- und gemischte Gesangvereine auf Antrag und nur aus Anlaß des 50-, 75- und 100jährigen Jubiläums verliehen werden sollen. Die Verleihung ist nicht von der Verbindung eines Gesangwettstreites mit der Feier des Vereinsjubiläums abhängig. Voraussetzung ist jedoch, daß der Verein sich in jahrelanger ernster und erfolgreicher Arbeit überwiegend der Pflege des Chorgesanges und des deutschen Volksliedes gewidmet hat. Für die Befürwortung solcher Anträge sollen Bescheinigungen der großen Sängerorganisationen, und zwar des Deutschen Sängerbundes und des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes dienen. Doch sollen ohne Engherzigkeit auch solche Vereine die Auszeichnung erhalten, die jenen Sängerorganisationen nicht angehören, aber nach sachverständiger Prüfung Förderung verdienen.

Warnung!
Allen Unbefugten ist das Betreten des Sportplatzes an der Maxstraße und des angrenzenden Flurstücks bei Strafe verboten.
Verein f. Leibesübungen Riesa a. E., e. V.

1000 M. Belohnung
Goldener Wappenring verloren Sonntag, 20. 8, abends an Straße Gohlis-Zeithain kurz vor Zeithain. Abzg. Gend.-Stat. Gohlis

Schlafstelle
(auch ohne Federbett) sucht jg. Mann. Ang. u. A H 9333 an das Tageblatt Riesa.

Junge Kriegerswitwe mit 1 Kind sucht sofort, evtl. auch später **unmöbl. Zimmer,** mögl. mit Kochgelegenh. Offerten unter A J 9334 an das Tageblatt Riesa.

Wer nimmt Wäsche aufs Land. Angeb. unt. A L 9336 an Tabl. Riesa.

Kutscher
gewissenh. Pferdewärter, sicherer Fahrer, verheiratet, mögl. mit Gartenarbeiten vertraut, sofort für Riesa gesucht. Wohnungstausch gegen vorhandene Dienstwohnung Bedingung.
Meldungen m. Angaben über bisherige Tätigkeit, Alter, Familienverhältnisse u. Zeugnisabschr. unt. A K 9335 an Tagebl. Riesa.

Aufwartung
zur Aushilfe für den ganz. Tag auf 3 Wochen gesucht. Neu-Gröba, Weidaer Straße 2, p.

Für vierzehntägig nur einmal auszutragende Zeitungen suche ich für folgende Ortschaften:
Merzdorf u. Umgebung
Stauchitz u. Umgebung
Panitz und Umgebung
Leckwitz und Umgebung
einen zuverlässigen
Boten.
Vergebe evtl. auch jeden Platz einzeln.
Zahle hohe Provision.
Johannes Ziller
Buchhandlung,
Riesa, Hauptstraße 79.

Schlacht- und verunglückte

Pferde
kauft zu höchst. Tagespr.
Albert Mehlhorn
Pferdeschlächterei Gröba
— Telefon 685. —
Notschlachtungen werd. Tag u. Nacht ausgeführt.

Rat
für Frauen
Alle hygien. Artikel, Tropf. Tee, Gummiwaren 2c. Bei Anfragen Rückporto erb.
O. Konietzky,
Leipzig 8, Sidonienstr. 24, part. r., Ecke Elisenstraße.

Vereinsnachrichten

D. O. V. Donnerstag, 24. 8., 8 Uhr abends Mitgliederversamml., Deutsches Haus, Vereinszimmer.
Sängerkranz. Do. Beginn d. Singestunden. Pkt. 8 Uhr.
Hundeschau. Donnerstag, 24. Aug., abends 7 Uhr alle Aussteller 32er Kat. Platzanweisung i. Hallen.
Gastwirtsverein Riesa u. Umg. Freitag, 25. d. M., Monatsversammlung beim Kollegen August Hüttig, Feldschlößchen. Wichtige Tagesordnung. Bierpreiserhöhung.

Einleg-Gurken.
Heute ist eine Ladung prima Calbenser Einleg-Gurken eingetroffen und empfiehlt nur schockweise
H. Gruhle, Bismarckstr. 35a, Telefon 652.

Verkaufe 4—5 Zentner **Heu.** Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Zinn und **Blei** kauft als Selbstverbrauch.
M. Weiße
Klempnermeister,
Hauptstraße 59.

Zukunft,
Glück, Reichtum, Eheleben, Charakter wird nach Astrologie (Sterndeutung) berechnet. Gebe Rat in Ehe, Geschäft u. Streben. Nur Geburtsdaten und Schrift einsenden. Streng reell u. wissenschaftl. Viele Dankschreiben aufzuw. Thews, Hannover, Ulanenstr. 3.

Handwagen
sowie Ersatzräder, solideste Bauart, in allen Größen, z. äußerst. Preisen.
W. Spengler Wilhelmstraße 6 gegenüber der Allg. Deutschen Credit-Anstalt.

Achtung! Hausfrauen! In der Herberge z. Heimat werden 2—3 Tage Töpfe und dergl. gut und dauerhaft eingestrickt, hält so gut wie neu. Bitte suchen und bringen Sie!

Frauenhaar kg 250 M. grau 200 kauft
Arno Schreiber
Goethestr. 23, neb. d. Schule

Fahrrad, kleine Geige abzugeb. Bahnhofstr. 20.

D. Schuhe, 39/41, Hütef. H. Zylinderh. 53, Predigtbuch zu verk. Grossenh. Str. 16.

Eiserner Futtertisch für 3 Pferde, mit weiß emaillierten Krippen und Heuraufen, zu verkaufen Hauptstr. 67, Bäckerei.

Erd- u. Feuerbestattungen, Ueberführungen auch mittels Kraftwagens übernehmen
Dresdner Beerdigungsanstalten
Pietät und Heimkehr
Dresden-A., am See 26.
Fernruf 20157, 20158, 19484. Größtes Sarglager a. Platze.

Für die herzliche Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sagen wir nur hierdurch unseren
herzlichsten Dank.
Gröba, 22. August 1922.
Emilie Ranft
im Namen aller Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, des
Herrn Oberzollsekretärs Hauptvogel
sprechen wir nur hierdurch unseren herzlichsten Dank aus.
Riesa, am 23. 8. 22.
Elsa Hauptvogel und Töchter.

Erdbeerpflanzen
schmelzend süße Tafelsort, empfiehlt
Alfred Büttner
Gartenbaubetrieb,
Riesa/Pausitz.

Obsthütte Glaubitz.
Täglich Verkauf von frischem Obst.
Hermann Klose.

Morgen früh
frische Seefische.
Clemens Bürger.

Freiwillige **Sanitätskolonne**
Freitag abend punkt 8 Uhr
Versammlung
im Kronprinz.
Die Kolonnenleitung.

Montag abend ½12 Uhr entschlief nach langen, schweren, mit Geduld ertragenen Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser lieber Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel
Wilhelm Greger
im Alter von 37 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an die trauernde Gattin und Kinder nebst allen Hinterbliebenen.
Nickritz, 22. Aug. 1922.
Die Beerdigung erfolgt am Freitag nachm. 3 Uhr vom Trauerhaus aus.

Die heutige Nr. umfaßt 8 Seiten.

Poincarés der Wirtschaftler.

Aus Berlin schreibt man uns:

Ist das Oberhaupt des französischen Kabinetts so dumm, daß es nicht weiß, welchen Unsinn seine Ausführungen in Bar-le-Duc darstellen, daß alles, was er über wirtschaftliche und finanzielle Fragen sagt, absichtliche Verdrehungen oder unverstandene Zahlen sind. Dann wäre es für den französischen Ministerpräsidenten äußerst heilsam, wenn er sich von irgendeinem französischen Professor einmal ein Privatissimum über die wirtschaftlichen Relationen halten ließe. Er könnte in dem Falle nämlich auch den Interessen seines Landes besser dienen und Frankreich davor bewahren, daß es denselben Kurs nimmt. Vom Defizit der Handelsbilanz und von seiner elementaren Bedeutung hat Poincaré merkwürdige Begriffe, von dem Valutaproblem allerdings noch seltsamere. Wie könnte er sonst das Sinken der Mark auf die Notenemissionen zurückführen. Wenn der normale Umlauf, wo die Papiermark Goldparität hatte, 14 Milliarden beträgt, so müßte er, wenn der Notenumlauf die Entwertung verursacht hätte, ihr also entsprechen sollte, heute etwa 4200 Milliarden betragen, er ist indessen erst den zwanzigsten Teil so hoch. Diese Zurückhaltung in Emissionen ist schuld daran, daß Deutschland so schwere innere Krisen durchmacht. Allerdings ist Herr Poincaré eifrig am Werk, durch seine Unvernunft und Unwissenheit Zustände über Deutschland heraufzubeschwören, die aussehen müssen, wie er sie charakterisiert.

Nun weist ja auch der französische Ministerpräsident weit von sich, etwa das staatsmännische Genie eines Bismarck zu besitzen. Da hat er Recht. Ein Staatsmann, der auch nur einen Funken vom Geiste Bismarcks in sich hätte, könnte nicht solcher Verblendung anheimfallen und für so kurze Fristen disponieren, wie es die französische Politik tut. Er hat auch Recht darin, daß Bismarck Frankreich gegenüber niemals die Erpressertaktik angewandt hat, obwohl er am Ende des Krieges 1871 ungleich stärker dastand. Bismarck wollte auch Frankreichs Zahlungen, nicht seine Vernichtung und verhinderte nicht nur die Anleihe nicht, die Frankreich die Abbürdung der Kriegsschuld gestattete, sondern erleichterte sie. Ob es freilich Poincaré zum Ruhme gereicht, daß er so ganz und gar mit einem echten und genialen Staatsmann nicht zu vergleichen ist, ist eine andere Frage.

Die Auseinandersetzung in Bar-le-Duc galt auch England und die französischen Vorwürfe sind absichtlich scharf und verletzend. Lloyd George ist nicht nur in Versailles immer der Nachgebende gewesen, sondern ist auch trotz besserer Erkenntnis bis jetzt der Nachgebende geblieben, selbst in der Londoner Konferenz, die zu keinem Entschlusse kommen konnte, weil Frankreich — nicht nur gegenüber England — sich von allen Alliierten isolierte. Es ist doch stark einseitig, als wahre Solidarität nur die Nachgiebigkeit der Andern anzusprechen und wenn selbst die „Times" gegen Poincaré Vorwürfe polemisiert, ein Blatt, das stets den französischen Kurs verfochten hat, so dürfte man in Frankreich wohl den Stimmungsumschwung erkennen, der sich jenseits des Kanals vollzogen hat und für Frankreich die Warnung bedeutet, „bis hierher und nicht weiter". Der rein negative Geist, der aus Poincarés Rede spricht, wird sogar als nachträgliche Interpretation des Ergebnisses der Londoner Konferenz gewertet, mit dem Poincaré den Bruch der Entente für vollzogen halte. Das sind recht ernste Symptome für den französisch-englischen Zerfall, der sicherlich dadurch nicht wieder gut gemacht wird, daß Poincaré erklärt, für Frankreichs Schulden weder moralisch noch materiell verpflichtet zu sein. Aber einstweilen hat Poincaré die von ihm geschaffene Kreatur der öffentlichen Meinung hinter sich, die nicht nur ihr Einverständnis namentlich auch mit der Gewaltpolitik gegen Deutschland kundgibt, sondern den großen Wirtschaftspolitiker an der Seine noch weiter vorwärts treibt.

Englische Pressestimmen zur Rede Poincarés.

„Daily Chronicle" veröffentlicht einen Bericht über die Rede Poincarés in Bar-le-Duc mit der Ueberschrift „Poincaré beschuldigt Großbritannien". Der Pariser Sonderberichterstatter des Blattes schreibt, der französische Ministerpräsident habe eine unerwartete rednerische Offensive gegen England und die englische Regierung unternommen. Die gestrige Rede sei voll von bitteren Worten und Insinuationen, für die vielleicht eine Entschuldigung vorhanden gewesen wäre, wenn die Londoner Konferenz einen Bruch der Entente bedeutet hätte. Die Rede werde die reaktionäre und nationalistische Presse mit Entzücken erfüllen und den Interessen der Englandfeinde dienen, die einen Bruch der Entente wünschen, und sowohl in Großbritannien als auch in Frankreich Mißstimmung erzeugen.

Die „Times" schreibt in einem Leitartikel, man konnte kaum erwarten, daß Poincaré an einem Orte, der solche Erinnerungen wachrufe, bei der Behandlung der Reparations- und Schuldenfrage Töne finden werde, die in den Ohren einer Welt vollkommen klingen, die gelernt hat, sich von militärischen Taten und patriotischem Heldenmut abzuwenden und auf die graue Wirklichkeit des Handels, Steuerzahlens und Verdienens zu blicken. Durch einen großen Teil der Rede Poincarés gehe als Unterton Ungeduld vermischt mit Bitterkeit. Der Wunsch des französischen Ministerpräsidenten, daß man Deutschland nicht gestatten solle, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, sei verständlich und werde geteilt. Es sei auch verständlich, daß der Mißerfolg der Downing-Street-Konferenz, die zu keinerlei Einvernehmen über die Reparationen geführt hätte, Poincaré enttäuscht und verärgert habe. Insbesondere, da der größere Plan, den er vorhatte, durch die Balfournote am Vorabend der Zusammenkunft vereitelt wurde. Unverständlich sei jedoch, daß dieser Irrtum des Urteils und der Taktik Poincarés seinerseits dazu veranlaßt habe, eine so große Gelegenheit vorübergehen zu lassen, die gesamten Fragen der Reparationen und interalliierten Schulden auf ein höheres Niveau zu heben. Es sei zu befürchten, daß seine polemische Bezugnahme auf gewisse Seiten der britischen Politik Entgegnungen auslöse, statt den Weg des Uebereinkommens zu öffnen.

„Daily Telegraph" schreibt, die gestern von Poincaré dargelegte Politik der französischen Regierung zeige unglücklicherweise nicht die geringste Annäherung an den britischen Standpunkt. Man werde aber allgemein dankbar sein, daß nichts gesagt wurde, was ein schließliches Einvernehmen schwieriger gestalten würde. Die Rede habe auch keinerlei bestimmte Erklärungen enthalten, daß Frankreich zu einer Sonderaktion übergehen würde, obwohl Poincaré sein Recht dazu von neuem versichert habe. Man hätte sich bei einer solchen Gelegenheit eine günstige Wendung wünschen können, man könne sich jedoch wenigstens beglückwünschen, daß keine Wendung zum Schlimmeren eingetreten sei.

Die gestrige Londoner Abendpresse führt den neuen Sturz der Mark auf die Rede Poincarés in Bar-le-Duc zurück.

Französische Pressestimmen.

„Journee Industrielle" betont die Popularität, die Poincaré in Frankreich genieße, und die Aufmerksamkeit, mit der die öffentliche Meinung Europas seinen Schritten folge. Dann heißt es weiter: Aber diese Meinung Europas erwartet trotz aller Neugier, die sie der Entwicklung der rein französischen Ansprüche entgegenbringt, etwas anderes. Sie erwartet, daß eine fühlbare Solidarität geschaffen wird zwischen den so gut verteidigten Interessen Frankreichs und den Interessen ganz Europas. Weil die Rede von Bar-le-Duc einen Blick in die Zukunft öffnet, erscheint sie uns besonders glücklich.

„Populaire" schreibt: Diese Rede voll schlechter Laune Lloyd George und den Engländern gegenüber wird nicht gerade dazu beitragen, die Entente wieder flott zu machen, und wird noch weniger die delikate Aufgabe erleichtern, an der Bradbury und Mauclere zurzeit in Berlin arbeiten.

Die Berliner Besprechungen.

Die gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium.

Im Reichsfinanzministerium haben gestern um die Mittagsstunde laut „Voss. Ztg." die eigentlichen sachlichen Verhandlungen über die Bedingungen für die Annahme des deutschen Moratoriumsgesuches vom 14. Juli zwischen den Delegierten der Reparationskommission Bradbury und Mauclere einerseits und dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und dem Staatssekretär a. D. Bergmann andererseits begonnen. Voraus gingen interne Besprechungen der Vertreter der beteiligten Reichsministerien. Die Besprechungen sind gestern nachmittag fortgesetzt worden. Ueber den Inhalt der Verhandlungen wird von beiden Seiten Vertraulichkeit gewahrt.

Die Pariser Presse zu den Berliner Verhandlungen.

Der „Temps" meldet heute, daß die Berliner Verhandlungen der Reparationskommission nur von kurzer Dauer sein werden und daß sie am Donnerstag oder spätestens am Freitag zum Abschluß kommen werden. Es schweben augenblicklich Verhandlungen über eine Einigung, die den offenen Bruch vermeiden sollen bis eine internationale Regelung der Reparationsfrage erfolgt ist. Der „Temps" meint, die Delegierten der Reparationskommission würden als Bedingung für eine Stundung die Kontrolle der deutschen staatlichen Gruben und Forsten aufrechterhalten, hingegen scheide die Beschlagnahme der Goldreserven der Reichsbank definitiv aus der Diskussion aus. Andere Blätter versichern, daß es dem Reichskanzler in der letzten Besprechung gelungen sei, die Delegierten davon zu überzeugen, daß Deutschland sich unmöglich mit einer Kontrolle der staatlichen Domänen und Forsten einverstanden erklären könne. Die französischen Blätter kündigen in diesem Zusammenhang an, daß man damit rechne, Deutschland werde bei der gestrigen Nachmittagssitzung neue Vorschläge über anderweitige Garantien vorbereitet haben, die vielleicht einen Ersatz bieten könnten für die, die von den Delegierten der Reparationskommission in Aussicht genommen sind. Die „Information" berichtet ebenfalls, daß von der Reichsregierung vollkommen neue Vorschläge in die Debatte geworfen werden.

Die Haltung Belgiens.

Ueber die Stellungnahme der belgischen Regierung zur Reparationsfrage meldet der Brüsseler Berichterstatter des „Oeuvre", daß er mit einer hohen Persönlichkeit über die Lage gesprochen habe, die ihm u. a. sagte, Belgien wird an militärischen Sanktionen, wie z. B. an einer Besetzung des Ruhrgebiets nur im äußersten Falle teilnehmen, wenn alle Verhandlungsmittel erschöpft sind. Eine defensive abwartende Politik würde starken Widerhall im ganzen Lande finden, besonders bei den Sozialisten und Flamen. Auf der anderen Seite aber müssen wir Reparationen bekommen, das ist für uns eine absolute Notwendigkeit. Wir müssen auch die Entente aufrecht erhalten, aber die Finanzlage ist derartig, daß, wenn wir zwischen Bruch und der Zahlung der Reparationen wählen müßten, wir uns dann für die zweite Lösung entscheiden würden. Wir hoffen indessen weiter, daß die Reparationskommission eine Formel finden wird, welche den Interessen aller gerecht wird.

Eine Rede Barthous.

Nach einer „Havas"-Meldung aus Pau hielt bei Eröffnung des Generalrats Barthou eine Rede, in der erklärte, er sei nach Genua zur Konferenz in der Absicht gegangen, die vollständige Loyalität Frankreichs darzulegen und Mißverständnisse, Legenden und Verleumdungen zu zerstreuen sowie zu erklären, daß Frankreich auf seine erworbenen Rechte nicht verzichten könne, die ihm durch den von 29 Mächten unterzeichneten Friedensvertrag gegeben worden seien. Im Verlaufe der heiklen Genueser Verhandlungen habe es Schwierigkeiten gegeben, die noch nicht bekannt seien; es werde aber die Stunde kommen, wo sie es in vollem Umfange sein würden. Barthou sagte weiter, der europäische Frieden könne für Frankreich nur dann annehmbar sein, wenn man ihm gegenüber alle Verpflichtungen, die ihm garantiert seien, erfülle und wenn diejenigen, die den Krieg gewollt hätten, die Verantwortlichkeit dafür und seine Folgen auf sich nehmen. Frankreich sei seinen Freunden und Verbündeten treu; aber es habe das Recht, auch von seinen Freunden und Verbündeten zu verlangen, daß sie ihm dieselbe Treue hielten. Es habe sich in den Augenblicken, die Opfer erforderten, an ihrer Seite befunden und habe auch das Recht, von ihnen zu verlangen, daß sie im Augenblick der Reparationen ihm zur Seite ständen. Wenn man Frankreich aber die Frucht seines Sieges verweigere, dann sei Frankreich groß und stark genug, um zu handeln und zu verlangen, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfülle. Frankreich habe für Deutschland genug bezahlt; es sei notwendig, daß Deutschland für die Verbrechen, die es begangen habe (!) und für die es verantwortlich sei, bezahle.

Der österreichische Bundeskanzler in Berlin.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel ist Dienstag nachmittag gegen 6 Uhr in Berlin eingetroffen und vom Reichskanzler, Staatssekretär von Simson und Geheimrat Rümelin vom Auswärtigen Amt empfangen worden. Er stattete mit dem Finanzminister Segur und dem österreichischen Gesandten in Berlin Dr. Riedl dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Reichspräsidenten Besuche ab.

Dr. Seipel über die Anschlußfrage.

Bei einem Presseempfang in Prag erklärte Bundeskanzler Dr. Seipel, wie die Wiener Blätter melden, auf die Frage, wie es sich mit einer eventuellen Angliederung Oesterreichs an Deutschland verhalte: Wenn von der Anlehnung an ein fremdes Reich die Rede ist, ist es natürlich, daß Deutschland zuerst in Frage kommt und im Hintergrunde die Frage des Anschlusses steht. Man könnte ja auch den Anschluß legal durch Ansuchen beim Völkerbunde erzielen. Ob dies rasch geschehen würde, das ist nicht abzusehen, viel wird davon abhängen, wie unsere Reise ausfällt.

Die Prager Verhandlungen Dr. Seipels.

Wie „Lidove Novini" berichtet, beruht das offizielle Ergebnis der Prager Reise Dr. Seipels in einer weiteren Abschlagszahlung auf die tschechoslowakische Anleihe, der an Gegenwert nach dem heutigen Stande der Krone rund 175 Milliarden Wiener Kronen betragen dürfte und genügend hoch ist, um der österreichischen Regierung bis etwa Mitte September, dem Zeitpunkt der Errichtung der neuen Notenbank und der Wirksamkeit der neuen Spar- und Steuermaßnahmen, über das Schlimmste hinwegzuhelfen.

Die Einigung mit Bayern.

Dienstag nachmittag hatte der bayrische Ministerrat eine Sitzung, zu der auch die Führer der Koalitionsparteien des Landtags hinzugezogen waren. Gegenstand der Beratung waren die letzten Vereinbarungen, die in Berlin in der Angelegenheit der Gesetze zum Schutze der Republik getroffen worden sind. Der Ministerrat und die Führer der Koalitionsparteien haben sich dahin geeinigt, daß die Ergebnisse der letzten Berliner Verhandlungen anzunehmen sind.

Der bayrische Gesandte v. Preger ist gestern Nachmittag beim Reichskanzler erschienen und hat ihm die Zustimmung der bayrischen Regierung und der Koalitionsparteien zu den Ergebnissen der Berliner Verhandlungen mitgeteilt.

Die Bergarbeiter-Internationale für eine Milderung der deutschen Kohlenabgabe.

Dem „Vorwärts" zufolge wird sich eine Vertretung der Bergarbeiter-Internationale, bestehend aus je einem Engländer, Deutschen, Belgier und Franzosen, entsprechend einem Beschluß des Bergarbeiterkongresses von Frankfurt a. M. nächstens nach Paris begeben, um der Reparationskommission Bericht über die deutsche Kohlenlage zu erstatten. Der Zweck dieses Vorgehens ist, eine Milderung der Bestimmungen über die Lieferung deutscher Reparationskohle zu erzielen.

Protest der Straßburger Handelskammer gegen die Retorsionen.

In den Pariser Morgenzeitungen wird nachstehender Protest der Straßburger Handelskammer gegen die Retorsionsmaßnahmen veröffentlicht: Laut Entscheidung des Herrn Generalkommissars vom 5. d. M. sind in allen elsaß-lothringischen Banken die den deutschen Staatsangehörigen gehörenden Guthaben und Werte gesperrt worden. Die Maßnahme trifft alle Deutschen, ob sie in den drei Departements oder außerhalb wohnen. Die Handelskammer glaubt, die Aufmerksamkeit des Herrn Ministerpräsidenten auf die schädlichen Wirkungen dieser Maßnahme für Handel und Industrie unseres Landesteils lenken zu müssen. Sie hat in der Tat die Folge gehabt, daß einesteils die deutschen Zahlungen für elsaß-lothringische Waren eingestellt worden sind und daß die in Art. 68 des Friedensvertrages vorgesehene Ausfuhr unterbunden wurde, daß anderseits der Geschäftsverkehr von den elsaß-lothringischen Banken abgelenkt wurde zu Gunsten der im Innern des Landes gelegenen Banken, die ihre Handlungsfreiheit gegenüber dem Auslande behauptet haben. Die Handelskammer verlangt nachdrücklich, daß unverzüglich diesem Zustande ein Ende gemacht werde, der die drei wiedererlangten Departements gegenüber denen im Innern benachteiligt, und ersucht, die fragliche Maßnahme zum mindesten auf die in Frankreich wohnhaften Deutschen zu beschränken, damit nicht jene Vorteile illusorisch gemacht werden, die uns durch den Friedensvertrag zugesichert sind.

Die neuen Lohnforderungen der Bergarbeiter.

Wie der „Vorw." meldet, beginnen am Donnerstag in Berlin die Verhandlungen über die neuen Lohnforderungen der Bergarbeiter. Die Arbeiterorganisationen beabsichtigen, eine Erhöhung der Schichtlöhne um 130—140%, zu fordern. Im Anschluß an die Lohnverhandlungen sollen Verhandlungen über ein Ueberschichtenabkommen erfolgen.

Der unvollständige Paß Tschitscherins.

Wie das „Echo de Paris" meldet, wollte Tschitscherin sich Montag von Köln aus im Schnellzuge Köln-Ostende mit einigen seiner Mitarbeiter nach London begeben. Bei der Paßrevision in Herbesthal wurde aber festgestellt, daß auf den Pässen das belgische Visum fehlte, sodaß Tschitscherin nach Köln zurückkehren mußte.

Gegen die Moskauer Todesurteile.

Die beiden sozialdemokratischen Parteien hielten gestern in Berlin vier Protestversammlungen gegen die Moskauer Todesurteile ab. In einer dieser Versammlungen, in der der Abgeordnete Dr. Rosenfeld, einer der Verteidiger der angeklagten Sozialrevolutionäre, über seine Erfahrungen in Moskau sprach, unterbrachen die im Saal anwesenden Kommunisten den Redner durch Zwischenrufe und Lärm. Es kam zu erregten Auseinandersetzungen, die damit endeten, daß die Kommunisten die Bühne stürmten und Dr. Rosenfeld am Weitersprechen hinderten. Darauf verließen die Versammlungsleiter und der größte Teil der Teilnehmer den Saal, während die zurückgebliebenen Kommunisten eine eigene Versammlung abhielten.

Ostgalizien und die polnischen Wahlen.

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Gegen das polnische Kabinett Nowak, das dem nationalistischen Block als ein „Kabinett Pilsudskis" gilt, ist der Sturm der Opposition von rechts entfesselt. Gelingt es den Rechtsparteien unter Hinweis auf die nötige Regelung brennender Fragen, eine eilige Einberufung des Sejms trotz der Ferien durchzuführen, so ist die Möglichkeit einer neuen Regierungskrise in Warschau akut. Offiziell geht der Hauptstreit zwischen Rechtsblock und Regierung um den Wahltermin, tatsächlich um die ostgalizische Frage.

Seit letzthin im englischen Unterhause der Regierungsvertreter erklärte, man „erwarte Aufklärungen der polnischen Regierung" bezüglich der Ausschreibung polnischer Parlamentswahlen in Ostgalizien, ist die ostgalizische internationale Frage wieder einmal aufgeworfen; denn noch immer ist Ostgalizien polnisch okkupiertes Terrain, dessen endgültiges Schicksal die alliierten Hauptmächte entscheiden. Der polnischen Regierung, die im engsten Einvernehmen mit dem französischen Gesandten arbeitet, liegt daran, etwaigen englischen (vielleicht auch italienischen) Protesten gegen die Wahlen in Ostgalizien vorzubeugen, da diese den Widerstand der Ukrainer gegen die polnische Verwaltung.

stärken würden. Als Mittel dazu sieht sie die Gewährung einer autonomen Verwaltung an Ostgalizien an, die die nationalen Wünsche der dortigen ukrainischen Mehrheit in gewissem und, wie man hofft, genügendem Umfange befriedigt. Zur Fühlungnahme mit England aber bedarf es der Zeit; und da die Wahlen — gemäß dem Sejmbeschluß, daß die Wahltage der 5. und 12. November sein sollen — spätestens am 19. August durch den Staatschef ausgeschrieben werden müßten, so wünscht das Kabinett „aus technischen Gründen" einen Aufschub des Wahltermins um zwei, drei Wochen. Mit diesem Wunsche sind die mittleren und linken Parteien im allgemeinen einverstanden, die Rechtsparteien aber kämpfen dagegen mit schwerstem Geschütz an. Aus agitatorischen Gründen betonen sie sich nach außen hin als diejenigen, die die unbedingte „Achtung vor Recht und Gesetz" — nämlich vor dem Sejmbeschluß über den Wahltermin — fordern, tatsächlich geht es ihnen darum, einer Vollsitzung des Sejms die Entscheidung über die Regierungsvorschläge zu überlassen und bei dieser Gelegenheit das ihnen höchst unangenehme demokratische Kabinett zu stürzen. Die Aussichten dafür sind nicht gering, da kleine unzufriedene Gruppen der Linksseite aus parteitaktischen Gründen leicht dem Rechtsblock zur sicheren Mehrheit in der Plenarversammlung verhelfen könnten.

Um die Frage des **Wahltermins** und des **Kabinetts** geht also zunächst der Kampf. Sein Ausgang wird davon abhängen, ob es der Regierung gelingt, in vertraulicher Kommissionssitzung auch die gegnerischen Parteien zu überzeugen, daß starke **internationale Gefahr** in der ostgalizischen Frage droht. So „ganz unter sich" erkennt man ja schließlich an, daß über das Schicksal Ostgaliziens die Größten der Entente das entscheidende Wort haben gemäß Artikel 87 des Versailler Vertrages (Festsetzung der polnischen Ostgrenze durch die alliierten Hauptmächte), des Vertrages von St. Germain, der zunächst ganz Galizien unter die Oberhoheit der Entente stellt, und des Vertrages von Sevres, der die polnische Grenze ohne Ostgalizien zieht.

Nach außen sind in der **ostgalizischen Frage** alle polnischen Parteien von rechts bis links und alle Regierungsfaktoren darüber völlig einig, daß die Frage als „innerpolnische" behandelt werden muß. Man beruft sich dafür auf den „faktischen Stand", wonach Ostgalizien als polnische Provinz verwaltet wird, ferner darauf, daß der Germainvertrag vom polnischen Parlamente nicht ratifiziert, der Sevresvertrag wohl parafiert, aber nicht endgültig von Polen unterzeichnet ist. Endlich führt man an, daß die polnischen Verträge mit Rußland, Rumänien und der Tschechoslowakei die polnischen Rechte auf Ostgalizien anerkennen. Darüber, daß man sich auf diese These gestützt, der englischen Einmischung in die ostgalizische Frage widersetzen muß, gibt es in Polen nur eine Stimme.

Die Unterschiede der Auffassung liegen in der Methode, wie man einen englischen Protest vermeiden will: die Rechte will, auf Frankreichs Freundschaft gestützt, wie in Wilna durch einfache Annexion feste Tatsachen schaffen und wie in der Wilnafrage dann mit Entente und Völkerbund endlose und fruchtlose Verhandlungen führen bis die Welt sich mit den Tatsachen abgefunden hat. Die linken Parteien hingegen suchen von vornherein eine Verständigung mit England, einen Weg des Ausgleiches. Und dieser Taktik folgt auch das Kabinett Nowak.

Angesichts dessen, daß Ostgalizien von einer zweifellosen und national sehr regen ukrainischen Mehrheit bewohnt ist, kann dieser Ausgleich nur im Wege der **Autonomie Ostgaliziens** gefunden werden. Ihn gerade jetzt zu beschreiten, ist einmal, wie oben erwähnt, durch das Anschneiden der Frage seitens Englands bedingt, zum anderen aber will man einen etwaigen Wahlboykott der Ukrainer wegen des Aufsehens, das er im Auslande machen würde, vermeiden. Unter den polnischen Parteien kämpft man nun um die **Form** der Autonomie. Die extreme Rechte will von ihr überhaupt nichts wissen; die gemäßigte Rechte plaidiert für eine „provinzielle Selbstverwaltung", wie die Verfassung sie für alle polnischen Provinzen ermöglicht; innerhalb dieser soll eine „nationale" Selbstverwaltung der Ukrainer in kultureller Hinsicht ermöglicht werden. Für ähnliche Wege ist die gemäßigte Linke und die Regierung; diese will grundsätzlich eine derartige „Selbstverwaltung" allen Provinzen mit national gemischter Bevölkerung geben, aber den Ukrainern noch einige Sonderrechte verleihen (eigene Abteilung im Kultusministerium, eventuell einen ukrainischen Minister). Im Sinne einer wirklichen „Autonomie" bewegt sich nur das Projekt der Sozialisten. Danach soll Ostgalizien einen eigenen Sejm und eine eigene, proportional nach den Bevölkerungsverhältnissen zusammengesetzte Regierung und Verwaltung bekommen, aber der polnischen Oberhoheit unterstehen. Dieses Projekt hat wenig Aussicht auf Verwirklichung, und es wird sich auch erst zeigen müssen, ob nicht selbst von dem „goldenen Mittelwege", den die Regierung gehen will, im Sejm noch vieles gestrichen wird. Ob sich der Völkerbund dem französischen mit dem polnischen gleichgehenden Willen fügen wird, ob die lebhafte ukrainische Propaganda in Rom, London und Amerika die Lösung der ostgalizischen Fragen im polnischen Sinne weiterhin verhindern wird, entzieht sich vorläufig der Beurteilung. Soviel aber ist sicher, daß den ostgalizischen Ukrainern, die trotz einzelner „Verständigungsgruppen" in ihrer Mehrheit durchaus antipolnisch sind und einen selbständigen Staat anstreben, bis einmal die Frage dessen Anschlusses an eine nicht mehr bolschewistische „Großukraine" diskutabel sein wird, noch kaum das sozialistische Projekt genügen würde — und die anderen sicher nicht. Eine davon unabhängige Frage ist, ob sie sich an den polnischen Wahlen beteiligen werden; das wäre unter Vorbehalt ihrer Ansprüche zur Verteidigung ihrer Interessen immerhin denkbar. Es würde aber nichts daran ändern, daß Ostgalizien, mindestens solange es als „polnische Provinz" behandelt wird, ein gefährliches „Irland im Osten" bleibt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Zur Ausnutzung des Marksturzes treffen, wie dem „Berl. Tagebl." aus Köln gemeldet wird, täglich Scharen von Ausländern im besetzten Gebiet ein, die dort alles, dessen sie habhaft werden können, zusammenkaufen. Man schätzt ihre Zahl auf 200 000. Eine Anzahl Kölner Firmen sind, als ein Preisaufschlag von 50 bis 100 Prozent für die nicht zur Besatzung gehörigen Ausländer keinen Erfolg hatte, dazu übergegangen, den Verkauf an Ausländer zu sperren und ihre Geschäfte überhaupt oder für mehrere Stunden zu schließen.

Erfolgloser Hungerstreik des Hölz. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Strafgefangene Hölz, der in den Hungerstreik eingetreten war, am 20. August wieder Nahrung zu sich genommen.

Zu dem Verbot der „Roten Fahne" wird berichtet, daß eine dahingehende Forderung seitens der bayrischen Regierung nicht vorgelegen habe. Sie habe lediglich in einem Schreiben an die preußische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß in einer Reihe linksstehender Blätter, darunter auch der „Roten Fahne", der bayrischen Regierung der Vorwurf des Hochverrats gemacht werde, und um eine Aeußerung gebeten, ob sich die Veröffentlichungen mit dem Sinne des Schutzgesetzes in Einklang befänden.

Altersgrenzengesetz für Reichsbeamte. Am Freitag wird, wie die Berliner Blätter hören, im Reichsministerium des Innern eine Besprechung mit sämtlichen Beamtenorganisationen und später mit sämtlichen Regierungen der Länder stattfinden, deren Gegenstand der Erlaß eines Reichsgesetzes über die Einführung einer Altersgrenze für Beamte sein wird. Man denkt daran, zu erörtern, ob ein ähnliches Altersgrenzengesetz für Beamte des Reiches geschaffen werden soll, wie in Preußen und ob bei dieser Gelegenheit Richtlinien für ein gleichmäßiges Vorgehen der Länder geschaffen werden könnte.

Abschluß der Minenräumarbeiten in der Ostsee. Der Befehlshaber der Ostseestreitkräfte hat den Abschluß der Minenräumarbeiten in den dortigen Gewässern gemeldet. Ein Erlaß des Chefs der Marineleitung spricht den beteiligten deutschen Seestreitkräften die Anerkennung für die geleistete tüchtige Arbeit aus, die trotz kriegsmäßiger Gefahr ohne einen einzigen Zwischenfall verlaufen ist. Da im Vorjahre die Minen in der Nordsee und im nördlichen Eismeer beseitigt waren, so sind damit die im Versailler Vertrage übernommenen Verpflichtungen erledigt, mit Ausnahme noch fälliger Nachprüfungen, die gleichfalls in diesem Jahre zu Ende geführt werden. Die Minengefahr in den europäischen Gewässern ist damit, soweit es in planmäßiger Arbeit möglich war, beseitigt.

Förderung der Gefrierfleisch-Einfuhr. Die Ernährungsdeputation der Stadt Berlin hat beschlossen, dem Magistrat die Förderung der Gefrierfleischeinfuhr zu empfehlen, um so mehr, als es jetzt durch Einfuhr-Organisationen der Schlächtereien möglich ist, bestes Fleisch auf schnellem Wege nach Deutschland zu bringen.

Kongreß der Internationalen Rechtsgesellschaft. Nach einer Havas-Meldung aus Buenos Aires sind sämtliche ausländischen Delegationen zur Teilnahme am Kongreß der Internationalen Rechtsgesellschaft eingetroffen, darunter als deutscher Delegierter der ehemalige Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons.

Die erschreckende Unterernährung weiter Volksschichten. Bei der Untersuchung von 4008 Schulkindern in Heidelberg durch den Schularzt sind insgesamt 2418 Kinder, d. i. 60 Prozent, mehr oder weniger krank befunden worden.

Zum Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik ist laut „Berl. Lokalanzeiger" Kammergerichtsrat Ernst Wolff bestellt worden. Wolff ist Mitbegründer des preußischen Richterbundes.

Hindenburg ist aus München zu seinem Erholungsurlaub in den Bergen abgereist.

Die Ergebnisse des Telegraphistenwettstreites. Montag abend fand als Abschluß des 3. Internationalen Telegraphisten-Wettstreites im Postmuseum in Berlin die Verteilung der Ehrenpreise an die Sieger statt. Das Preisrichter-Kollegium, das hinter den drei Tafeln, darauf man die 65 gestifteten Preise aufgestellt hatte, Platz nahm, verkündete unter stürmischen Beifallsrufen aller Teilnehmer das Ergebnis des Wettbewerbes. Dieses zeigte, daß Deutschland trotz schwerer Nachkriegsjahre noch immer konkurrenzfähig sei. Allein 28 Preise fielen deutschen Staatsangehörigen zu, darunter drei erste Preise. Der Meisterschaftspreis ist an Oesterreich gefallen. Nach der Preisverteilung hielt Staatssekretär Dr.-Ing. Bredow eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Allen, denen die Siegespalme zugefallen ist, spreche ich meine herzlichen Glückwünsche aus. Die erzielten Leistungen werden nicht nur in Ihren Ländern, sondern überall, wo Telegraphisten sind, anspornend wirken. Lassen Sie mich feststellen, daß Deutschlands Geistesleben, Deutschlands Arbeitswille trotz täglicher Vergewaltigungen noch ungebrochen ist. Sagen Sie Ihren Kollegen zu Hause, was Sie bei uns gesehen haben, sagen Sie Ihnen, daß das große deutsche Volk noch immer den Willen und die Fähigkeit zur Mitarbeit an dem Glück der Menschheit hat und daß es ein Verbrechen an der Zukunft der Menschheit ist, dieses Volk in blinder Rache in den Abgrund zu treiben. Lassen Sie die Fäden, die in diesen Tagen sich zwischen Ihnen und den deutschen Kollegen angeknüpft haben, immer fester werden, bewahren Sie uns ein gutes Andenken und seien Sie nochmals bedankt für den Besuch in unserer Reichshauptstadt. Mit diesen letzten Worten, die unter den Besuchern stürmische Zustimmung auslöste, schloß die Feier. — Am Dienstag empfing der Reichspräsident das internationale Preisgericht sowie die Sieger im Wettstreit. Der Ehrenvorsitzende des Preisgerichts, Staatssekretär Dr. Bredow, hielt im Namen der Teilnehmer am Wettstreit eine Ansprache an den Reichspräsidenten, in der er mitteilte, daß der vom Reichspräsidenten gestiftete Meisterschaftspreis an Oesterreich, die beiden Länderpreise an Italien und Deutschland gefallen sind, während von den sechs großen Preisen Italien, Spanien und Dänemark je einen und Deutschland drei erhalten haben. Der Reichspräsident dankte in einer Ansprache. Im Anschluß an den Internationalen Telegraphistenwettstreit fand eine Besichtigung der Siemenswerke statt, insbesondere des Wernerwerkes, welches seit 75 Jahren als die erste Telegraphenbauanstalt der Welt bekannt ist und wie bisher so auch heute noch an der Vervollkommnung der Telegraphie und des Fernsprechwesens rastlos arbeitet. Neben dem bekannten Siemens-Schnelltelegraphen, der bereits ausgedehnte Verwendung im In- und Auslande gefunden hat, erregte besonders der Siemens-Wendeltelegraph das Interesse der Teilnehmer, eine wertvolle Ergänzung des Siemens-Schnelltelegraphen, dergestalt, daß er auch von wenig geübter Hand nach Art einer Schreibmaschine bedient werden kann. Auch Mitteilungen über die Telegraphie und Telephonie über sehr lange Kabellinien, die in neuerer Zeit von der deutschen Postverwaltung angewendet wird, wurden aufmerksam entgegengenommen. Ein Gang durch das Kabelwerk vervollständigte diese Ausführungen. Zum Schluß fand eine Besichtigung der automatischen Fernsprechzentrale des Siemenskonzerns statt, die für 10000 Teilnehmer eingerichtet ist und sich seit etwa 12 Jahren in Betrieb befindet. Ein einfaches Frühstück vereinigte dann die Teilnehmer im Wernerwerk, dem Stammhause der Telegraphie. Vertreter der Teilnehmer aus Ungarn, Italien, Jugoslawien betonten, zugleich im Namen der übrigen ausländischen Kollegen, daß das, was sie hier gesehen haben, davon zeuge, daß Arbeitsfreudigkeit, Erfindergeist und Exaktheit in Deutschland immer noch vorhanden seien, und sie gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Wiederaufbau Deutschlands nach dem, was sie hier gesehen hätten, nicht lange mehr auf sich warten lassen werde.

Streiks. Wegen Lohndifferenzen sind Dienstag vormittag die Arbeiter der Görlitzer Waggon- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft, etwa 4000 Arbeiter, in den Streik getreten. Auch in Grünberg, Neusalz a. O. und Kotzenau sind in verschiedenen Betrieben der Metallindustrie die Arbeiter aus dem gleichen Grunde in den Streik getreten. Für Donnerstag sind Einigungsverhandlungen in Aussicht genommen. — Der „Schlesischen Gebirgszeitung" in Hirschberg zufolge sind Dienstag vormittag die Arbeiter der Maschinenfabrik vormals Starke & Hoffmann, der Firma Theuser, Heyne und Seifert, sowie der Linke-Hofmann-Werke in Warmbrunn in einen wilden Streik getreten. Es streiken insgesamt 2000 Arbeiter.

Beschlagnahme der „Niederdeutschen Zeitung" in Hannover. Die „Niederdeutsche Zeitung", die seit einigen Monaten in Hannover von der Deutschnationalen Partei herausgegeben wird, ist auf Grund eines Artikels „Der Sieger von London und Bayerns Haltung" von Josef Stolze aus München, auf Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover beschlagnahmt worden.

Die Finanznot der Gemeinden. Am Montag nachmittag fand, wie das „B. T." hört, im Reichsfinanzministerium eine Sitzung der Vertreter des Deutschen Städtetages, der Landgemeinden, des Reichsstädtebundes sowie des Verbandes Deutscher Landgemeinden mit Vertretern des Finanzministeriums statt, in der über die durch den Marksturz außerordentlich verschärfte Finanznot der Gemeinden beraten wurde. Alle Innenminister und Finanzminister der größeren Länder waren zugegen. Für den Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der durch die Verhandlungen mit den Delegierten der Reparationskommission an der Teilnahme verhindert war, wohnte Staatssekretär Zapf der Sitzung bei. In ihren Ausführungen über die Finanznot wiesen die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände vor allem auf die Notwendigkeit schleuniger Abhilfe hin. Im Zusammenhang mit der Finanzlage der Gemeinden wurden die neuen Grundlagen des Landsteuergesetzes, vornehmlich die Wiedergewährung eines kommunalen Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer besprochen. Ferner beriet man über eine Erhöhung der Umsatzsteuer um etwa 1 Prozent, die ausschließlich zur Stärkung der Finanzen der Gemeinden dienen sollen. Sodann wurde die Rücküberführung der Grunderwerbssteuer auf Gemeinden, Gemeindeverbände und Länder sowie die sofortige Gewährung von Vorschüssen zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Gemeinden besprochen. Zum Schluß wurde eine Kommission zur Beratung der Einzelfragen gewählt, die heute ihre Verhandlungen aufnehmen wird.

Polen.

Erhöhung der Eisenbahntarife. Mit dem 1. September werden die Eisenbahntarife für den Personenverkehr um 54 bis 66 Prozent erhöht werden. Die Tarife für den Güterverkehr bleiben unverändert.

Ein Anleihegeschäft mit der Schweiz. Den Warschauer Blättern zufolge hat eine schweizerische Bank die polnische Regierung ersucht, 200 Waggons Eier aus Polen in die Schweiz ausführen zu dürfen, wofür sie bereit wäre, der Baubank in Warschau zum Bau eines großen Hotels in Warschau 1 Million Schweizer Franks zu leihen. Diese Anleihe würde bei 4%iger Verzinsung in 5 Jahren fällig sein. Dieses Angebot wird in der nächsten Sitzung des Ministerrates verhandelt werden.

Pressestimmen. Laut „Nasz Kurjer" versicherte der polnische Außenminister dem englischen Gesandten, die ostgalizischen Wahlen würden nicht vor der internationalen Entscheidung der ostgalizischen Frage stattfinden. „Rzeczpospolita" schreibt: Durch den im Auftrag der Entente geschlossenen Rigaer Vertrag ist die ostgalizische Frage erledigt. Den vertragsgemäßen Minderheitsschutz wird die Wojewodschafts-Selbstverwaltung bringen. „Przegląd wieczorny" erklärt, die Internationalisierung der Memel, die Deutschland und Rußland nationalisieren wollen, sei für Polen so wichtig wie Oberschlesien. — „Gazeta Warszawska" schreibt, die Schuld an der Verschlechterung der polnisch-tschechischen Beziehungen trügen die Tschechen. Der Zusammenschluß Polens mit der Kleinen Entente sei besonders wegen der deutschen Gefahr anzustreben. „Głos Narodu" verlangt, daß mit einem hinterlistigen Feind und mit politischen Räubern, wie die Tschechen, ein kräftiges Wort geredet werde. „Przegląd Wieczorny" stellt fest, daß Frankreich sich in wirtschaftlichen Fragen gegen Polen sehr zurückhaltend zeige, sodaß das Interesse des polnischen Handels sich weiterhin auf Deutschland konzentriere.

Republik Oesterreich.

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Angesichts der alle Erwartungen übersteigenden Teuerung verfügte die Regierung eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung auf 3360 Kronen für Ledige und auf 4480 Kronen für Verheiratete, wozu ein Brotzuschuß von 165 Kronen für Kopf und Tag hinzukommt.

Bulgarien.

Bulgarien und die Kleine Entente. Die Blätter in Sofia veröffentlichen Bukarester Meldungen, denen zufolge die tschechoslowakische Republik die Zulassung Bulgariens zur Kleinen Entente vorschlägt. „Echo de Bulgarie" kommentiert in einem Leitartikel diese Meldung folgendermaßen: Uns freut jeder Versuch der Annäherung an unsere Nachbarn, Bulgarien billigt die pazifistische Rolle der Kleinen Entente auf dem Balkan und dankt insbesondere der Tschechoslowakei, mit welcher uns unauflösliche Blutbande und eine unwandelbare Freundschaft verknüpfen. Der Eintritt Bulgariens in irgend eine politische Kombination erscheint uns aber verfrüht.

Tschechoslowakei.

Paschitsch in Marienbad eingetroffen. Der jugoslawische Ministerpräsident Paschitsch ist mit dem Prager Gesandten Vosnjak und einem größeren Beamtenstabe in Marienbad eingetroffen.

Italien.

Faschistenkrawalle in Bozen. Wie die „Innsbrucker Nachrichten" aus Bozen melden, kam es dort Montag abend zu Faschistenkrawallen, deren Anlaß die Entwendung der Trikolore auf dem Gebäude der Kunstausstellung durch bisher unbekannte Täter war. Obwohl die Fahne am nächsten Tage zurückgegeben wurde, forderten die Faschisten die Bevölkerung zu einer Sühnekundgebung auf, welcher Forderung sich auch das Zivilkommissariat anschloß, das die Kundgebung selbst anordnete. Zu der letzteren erschien jedoch nur eine große Menge Faschisten, aber keine Bozener. Hierauf durchzogen die Faschisten die Stadt und demolierten mehrere deutsche Geschäfte.

Türkei.

Handelsvertrag zwischen Frankreich und Angora. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Konstantinopel soll in Angora von der Nationalversammlung der Handelsvertrag zwischen Frankreich und den türkischen Nationalisten ratifiziert worden sein.

Rußland.

Bolschewistische Propaganda für die Bildung einer großen Luftflotte. Aus Reval wird geschrieben: Die Moskauer „Iswestija" schlägt in einem Aufsatze die Bildung einer großen russischen „Zivil-Luftflotte" vor, ohne die eine militärische Luftflotte undenkbar sei. Die neue Luftflotte müsse sich das Vertrauen breitester Volksschichten erwerben und im Leben des Staates als machtvoller Kulturfaktor zutage treten. Im Falle eines Krieges würden die russischen Flieger ihre in friedlicher Arbeit gesammelten Erfahrungen dem Vaterlande zur Verfügung stellen. Im zukünftigen Kriege werde derjenige siegen, der die Herrschaft in der Luft besitzt.

Spanien.

Der Streik der Postbeamten dauert an. Frauen wurden als Hilfspersonal eingestellt. In Madrid wurden Briefe durch die Polizei verteilt. Die Postkutscher von Asturien und Kastilien, welche die Herausgabe der Post ablehnten, wurden von der Polizei verhaftet.

China.

Die englandfeindliche Rede. „Daily Telegraph" berichtet, Tschang-Tso-Lin habe in Mukden eine heftige englandfeindliche Rede gegenüber von Vertretern amerikanischer und britischer Firmen gehalten, in der er drohte, daß er, da die Engländer ihm gegenüber Geringschätzung bewiesen, die britischen Waren boykottieren und den Schutz der britischen Untertanen aufheben werde.